

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
H. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wochentags nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags.
Fernsprecher-Sammel-Nr. 23631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 M.-Pfg., für einen Monat 1.70, zuzüglich 30 M.-Pfg. Traglohn. Durch die Post bezogen M.-P. 2.35, zuzüglich 40 M.-Pfg. Beleggeld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Lokale Anzeigen 20 M.-Pfg., auswärtige Anzeigen 30 M.-Pfg., örtliche Anzeigen 10 M.-Pfg. 1. — Auswärtige Anzeigen 1.50 für die erste Spalte, 1.00 für die zweite, 0.75 für die dritte, 0.50 für die vierte, 0.35 für die fünfte, 0.25 für die sechste, 0.15 für die siebte, 0.10 für die achte, 0.05 für die neunte, 0.03 für die zehnte. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Höhere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenanzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastatts.

Postfach-Nr.: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 241.

Samstag, 3. September 1932.

80. Jahrgang.

Das Kabinett berät die Notverordnung.

Veröffentlichung Dienstag. — Braun-schwarze Einigung über Preußen?
Bildung einer Regierungspartei?

Wieder Kombinationen und Gerüchte

As. Berlin, 3. Sept. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Das Reichskabinett tritt heute zu einer Sitzung zusammen, in der es die neue Notverordnung, die das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung enthalten wird, abschließend berät. Die ursprünglichen Pläne, die der Kanzler in seiner Ministerrede dargelegt hat, haben in einzelnen Punkten noch kleine Änderungen erfahren, da sich zum Teil technische Schwierigkeiten ergeben haben. Das gilt vor allem für die Berechnung der Prämien, die bei Neueinstellung von Arbeitskräften gezahlt werden sollen.

Im wesentlichen aber wird die Notverordnung die gesetzliche Formulierung der Pläne darstellen, die der Kanzler in seiner Ministerrede entwidelt hat.

Die Notverordnung wird nach der abschließenden Beratung nach Reuders gefandt, wo der Reichspräsident sie zur Kenntnis nimmt und dann unterzeichnet. Man nimmt an, daß am Dienstagmorgen dann ihre Veröffentlichung erfolgen kann. Der Reichspräsident selbst wird erst für den 7. oder 8. September in Berlin zurück erwartet, also etwa zu der Zeit, die für den Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen in Aussicht genommen ist. Ob das Parlament den Termin inne halten wird und ob mit ihm der Kanzler Ende der kommenden Woche vor den Reichstag treten kann, ist noch immer nicht klar.

Man spricht neuerdings von der Möglichkeit, daß der Kanzler zwar am Donnerstag oder Freitag keine Programmrede halten wird, daß sich das Parlament dann aber vertagt, ohne irgend eine Abstimmung vorzunehmen.

Auf diese Weise wäre wieder Zeit für die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten gewonnen. Andererseits will man aber wissen, daß die Verhandlungen zwischen diesen Parteien über Preußen sehr weit gediehen seien. Es heißt, das Zentrum und die Nationalsozialisten seien dahin übereingekommen, in Preußen künftig nur noch vier Minister amtierend zu lassen, anstatt der bisherigen sieben. Das Amt des Ministerpräsidenten, das mit dem Amt des Finanzministers verbunden werden soll, würde nach diesen Gerüchten einer neutralen Persönlichkeit über-

tragen werden, wobei man sowohl den Namen des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Gerdeler, als auch den des Essener Oberbürgermeisters Dr. Bracht nennt. Die Befragung dieses Postens mit einer sogenannten neutralen Persönlichkeit soll erfolgen, damit die Nationalsozialisten in dem sogenannten Drei-Männer-Ausschuß, der über die Auflösung des Landtages Beschlüsse fassen kann, nicht die Mehrheit erhalten. Den Nationalsozialisten würde dann das Innenministerium und das Unterrichtsministerium, das vermutlich mit dem Justizministerium verbunden wird, zufallen, während sich das Zentrum mit einem Wirtschaftsministerium begnügen würde, das die Aufgabenkreise des Landwirtschaftsministeriums, des Handels- und Volkswirtschaftsministeriums umfassen würde.

Es ist schwer zu sagen, ob die Dinge wirklich so weit gediehen sind, denn es gibt auch politische Kreise, die diese ganze Darstellung als Zweifelsmeldung bezeichnen, die nur in die Welt gesetzt werde, um einen Druck auf die Regierung von Preußen auszuüben.

Bemerkenswert ist schließlich noch, daß sich in den letzten Tagen ziemlich hartnäckig das Gerücht erhielt, es werde die Bildung einer neuen Regierungspartei geplant. Ganz offensichtlich gingen diese Gerüchte darauf zurück, daß bei einer Reichstagsauflösung wieder die Frage akut werden würde, wie wählt man Papen, und daß dann diese Frage genau so schwierig zu beantworten wäre, wie im letzten Reichstagswahlkampf. Deshalb, so sagt man, werde

der Plan einer wirklichen Regierungspartei ernsthaft erwogen und weiterhin heißt es, daß die neue Partei auf der Stahlhelmbewegung aufgebaut werden soll

und daß der zweite Vorsitzende des Stahlhelms, Düsterberg, sich mit Rücktrittsgedanken trage, weil er der Kandidat Hugenburgs im Präsidentenwahlkampf gewesen war. Die neue Partei aber soll nicht mit dem Namen Hugenburgs in Verbindung gebracht werden. Bisher sind das aber lediglich Gerüchte, für die eine Bestätigung noch fehlt, wenngleich die Idee einer Regierungspartei wohl nahe liegt. Die ganze Unsicherheit der innenpolitischen Lage läßt immer erneut Kombinationen aufsteigen, deshalb ist es nötig, auch die Gerüchte über eine Regierungspartei mit einiger Vorsicht aufzunehmen.

also aufnahmefähig genug sind, die daraus entstehende Mehrarbeit zu übernehmen. Bei der jetzigen Neuordnung ergibt sich übrigens auch aus der Stellung des Oberpräsidenten von selbst, daß er in der Lage ist, bei Gefahr im Verzuge die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

2. Das Verhältnis des Landrates zu den übrigen Kreisbehörden.

Das Prinzip ist hier eine Verstärkung der Stellung des Landrates gegenüber den Kreisbehörden. So wird zum Beispiel der Kreisrat, der bisher dem Regierungspräsidenten untersteht, jetzt eine stärkere Stellung an den Landrat erfahren. Zum Schlußteil ist übrigens von besonderem Interesse, daß der Entwurf in der heutigen Kabinettsitzung dahin abgeändert wurde, daß die Provinzialratkollegien in das Oberpräsidium eingebaut werden, das in Zukunft die Entscheidungen trifft, so daß also in Zukunft auch die sogenannte Kollegialitätsentscheidung bei dieser Behörde in Wegfall kommt. In dem sonstigen Teil der Verordnung ist das Staatsministerium übrigens im wesentlichen dem Entwurf gefolgt, dem Dr. Bracht ihm vorgelegt hat.

Die Buttereinfuhr aus Holland und Dänemark.

Die Verhandlungen um die Kontingentierung.

Berlin, 2. Sept. Wie wir erfahren, ist die deutsche Delegation, die in den letzten Tagen wegen der Neuordnung der Buttereinfuhr verhandelt hat, aus Holland zurückgekehrt. Heute haben auch bereits in Berlin Verhandlungen mit einer dänischen Delegation über dieselbe Frage begonnen. Es war von vornherein in Aussicht genommen, sie an die holländischen Verhandlungen anzuschließen. Dabei handelt es sich um die Kontingentierung der künftigen Buttereinfuhr nach Deutschland. Die Dinge liegen ja so, daß die Kontingentierung das andere Mittel ist, wenn aus irgendwelchen handelspolitischen Gründen Zollerhöhungen nicht möglich sind. Auf dieser Basis der Kontingentierung werden auch die Verhandlungen mit den dänischen Vertretern geführt.

Blick in die Welt.

Der Kampf um die Gleichberechtigung Deutschlands.

Alle politisch interessierten Kreise waren sich seit langem darüber einig, daß mit dem Ablauf der sommerlichen Pause in der großen Politik Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung wieder in den Vordergrund treten würde. Darüber hatte auch der Reichskanzler von Papen bereits in Lausanne, sowie in Kundgebungen, die sich an Lausanne angeschlossen, nicht den mindesten Zweifel gefaßt. Diese Forderung wurde dann mehrmals von dem Reichswehrminister von Schleicher unterstrichen, so in der bekannten Rundfunkrede, in der der Minister von dem möglicherweise notwendig werdenden Umbau der Reichswehr sprach, in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten, in dem der General die Gleichberechtigung als die wichtigste Frage der deutschen Politik bezeichnete, und schließlich in einem Artikel des „Heimatsdienstes“, sowie in einem Interview in der italienischen Zeitung „Resto del Carlino“. Alle diese Äußerungen bezeugen mehr oder weniger das gleiche, daß nämlich Deutschland für sich in der Rüstungsfrage das gleiche beansprucht, was den anderen Mächten erlaubt ist, daß man also auch Deutschland schwere Artillerie, Tanks, Militärluftzeuge und Unterseeboote zu billigen muß, wenn man in Genf diese Waffen als Verteidigungswaffen bezeichnet und sie den anderen Völkern gestattet. Das ist alles so oft gesagt worden, daß es fast schon ein wenig peinlich ist, es nochmals zu wiederholen. Umso unverständlicher ist es, daß die französische Presse eine ungeheure Aufregung über eine angebliche deutsche Aufrüstungsnote heuchelt. Dazu ist einmal festzustellen, daß es sich gar nicht um eine Note im eigentlichen Sinne des Wortes handelt, sondern lediglich um eine Aufzeichnung, in der noch einmal das zusammengefaßt wird, was der deutsche Außenminister Hr. v. Neurath dem französischen Botschafter in einer Unterredung dargelegt hat. Es ist durchaus üblich bei solchen diplomatischen Gesprächen, um Mißverständnisse zu vermeiden, den Inhalt der Erklärungen schriftlich zu fixieren und diese schriftliche Festlegung dem Gesprächspartner zu überreichen. Der ganze angebliche deutsche Schritt stellt also gar nichts Besonderes dar, er ist ein Glied in der langen Kette der Verhandlungen, wobei allerdings die Bedeutung der Frage der Gleichberechtigung noch einmal mit allem Nachdruck unterstrichen worden sein dürfte. Wenn die französische Presse also Entrüstung heuchelt, so geschieht das nur, um die deutsch-französischen Gespräche von Anfang an zu stören, wie denn überhaupt die Bekanntgabe in den französischen Blättern diesen Zweck verfolgt, da nämlich ausdrücklich vereinbart worden war, über diese Unterredung und über die weiteren Verhandlungen nichts zu veröffentlichen. Ganz abwegig ist es auch, wenn die französische Presse meint, die deutsche Aufzeichnung enthielte bereits ins einzelne gehende Forderungen. Für Deutschland kommt es vielmehr zunächst darauf an, die grundsätzliche Seite zu klären. Die Forderungen im einzelnen werden davon abhängig gemacht werden müssen, welche Beschränkungen der Rüstung die Genfer Abrüstungskonferenz beschließt. Hier aber geht es darum, daß Deutschland das gleiche Recht wie die anderen Länder haben muß, daß ihm also das zugebilligt wird, was den anderen Mächten erlaubt wird. Das ist ein sehr einfacher und sehr klarer Standpunkt, den die deutsche Regierung mit allem Nachdruck, unbeirrt von dem Geschrei der französischen Presse, auch weiterhin vertreten wird.

Geheimnisse um Jerfen.

Im Kanal zwischen Frankreich und England liegen, der französischen Küste vorgelagert, die im britischen Besitz befindlichen Normannischen Inseln Jersey und Guernsey. Hier hat jetzt der französische Ministerpräsident Herriot einige Tage verbracht und zwar gemeinlich mit dem englischen Innenminister Samuel. In der Geschichte Frankreichs haben diese Inseln mehrfach eine Rolle gespielt. Hier hat Victor Hugo in der Verbannung gelebt und hier hat auch als politischer Flüchtling General Boulanger zusammen mit der von ihm so heiß geliebten Marguerite de Bonnemains gewohnt. In der Hoffnung auf eine Rückkehr in das Vaterland, während er tatsächlich auf Jersey zusehen mußte, wie seine Partei zerfiel und immer mehr seine ehemaligen Freunde abhewen. Wollte Herriot solchen historischen Erinnerungen nachgehen, wollte er auf den Spuren Victor Hugos wandern, oder galt dieser Besuch auf den englischen Kanalinseln, diese Zusammenkunft mit dem englischen Innenminister Samuel der hohen Politik? Nach vergeblichen Ablehnungsversuchen ist die französische Regierung flug genug gewesen, zuzugeben, daß so oft Staatsmänner großer befreundeter Länder zusammentrafen, sie ihre Meinungen über die Ereignisse austauschten. So wird also nicht geleugnet,

Die preußische Verwaltungsreform verabschiedet.

Die Grundzüge der Verordnung.

Berlin, 2. Sept. Die Verordnung über die Verwaltungsreform, die das preußische Staatsministerium heute, wie beabsichtigt, verabschiedet hat, wird sofort in Druck gehen, so daß man darauf rechnen kann, daß sie morgen abend der Öffentlichkeit übergeben werden kann. Sie besteht aus 52 Paragraphen, und ist unterteilt in zwei Kapitel, nämlich in das über die Staatsverwaltung und das über die Gemeindeverwaltung. Die Reformmaßnahmen, die mit der Gemeindeverwaltung zusammenhängen, werden nach Maßgabe der noch zu erlassenden Durchführungsbestimmungen in Kraft treten, dagegen wird

Die Inkraftsetzung des Kapitels Staatsverwaltung bis zum 1. April 1933 hinausgeschoben.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die in der Presse bereits behandelte Zusammenlegung von kleineren rheinischen und westfälischen Ämtern in der Verordnung noch nicht enthalten ist, sondern erst im Anschluß an die jetzigen Reformen in Angriff genommen werden soll, so daß ihre Durchführung auch erst nach dem 1. April 1933 in Frage kommt. Grundsätzlich handelt es sich im wesentlichen bei den heute beschlossenen Maßnahmen um folgendes:

1. Wird das Verhältnis der Oberpräsidenten zu den Regierungspräsidenten geregelt.

Der Oberpräsident bekommt eine Stellung, die etwa einem Staatskommissar entspricht, indem er ein Aufsichtsrecht über die Arbeit des Regierungspräsidenten ausübt. Er wird in Zukunft allgemeine Anweisungen geben, die die Verwaltung geführt werden soll, soll sich aber nicht in die laufenden Geschäfte einmischen, damit seine Aufsichtsstellung als Beauftragter des Staatsministeriums nicht beeinträchtigt wird. Daraus ergibt sich schon, daß das Schwergewicht der allgemeinen Landesverwaltung in die Regierungspräsidenten verlegt wird.

Die Entlastung der Oberpräsidenten hat auch den Sinn, ihnen die Möglichkeit offen zu halten, daß sie nach einer späteren Reform auch als „Reichsoberpräsidenten“ fungieren können.

dah in Teseu politische Gespräche stattfanden, denen zweifellos dadurch besondere Bedeutung zukommt, daß Sir Herbert Samuel als Abgesandter Macdonalds anzusehen ist, denn unmittelbar vor dieser Reise über den Kanal war der englische Innenminister mehrere Tage Gast des englischen Ministerpräsidenten. So geht also das Rätselraten darum, was nun in Teseu verhandelt worden ist. Galten die Gespräche wirklich der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, oder wurde gar schon über die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung gesprochen und kam dabei etwa ein englisch-französisches Kompromiß auf Kosten Deutschlands zu Stande? Nach all den Erfahrungen, die wir mit der englisch-französischen Zusammenarbeit in Lausanne und in Genf haben machen müssen, besteht aller Anlaß, die Auswirkungen der Gespräche von Teseu sehr aufmerksam zu verfolgen, umso mehr als auch Herriot unmittelbar vor seiner Abreise von den Normannischen Inseln wieder die englisch-französischen Zusammenarbeit in einer Rede gefeiert hat.

Warschau und Streja.

In der norditalienischen Stadt Streja rüstet man sich für die mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz, die am 5. September beginnt. Sie ist infolge einer Folge von Lausanne, als man dort die Ausarbeitung eines wirtschaftlichen Aufbauprogramms nicht mehr durchführen konnte. Soweit Mitteleuropa in Frage kommt, sollen nun also wichtige wirtschaftliche Fragen in Streja behandelt werden. Daher steht hier auch der äußerst wichtige Punkt „Maßnahmen zur Förderung des Handels der südosteuropäischen Staaten untereinander und mit den anderen Ländern“ auf der Tagesordnung, das heißt, das Donauproblem wird wieder spruchreif. Auch Deutschland ist auf dieser Konferenz vertreten und wird an seiner alten Stellungnahme festhalten, daß nämlich die Maßnahmen nicht auf die südosteuropäischen Länder beschränkt bleiben dürfen, sondern nur in Verbindung mit den anderen Ländern, also auch in Verbindung mit Deutschland und Italien, durchgeführt werden können. Im übrigen hat es für Streja schon gewissermaßen eine Vorfunktion in Warschau gegeben, an der außer Polen, Rumänien, Südbulgarien, die Tschechoslowakei, Ungarn, Lettland und Estland teilnahmen. Hier wurde der Charakter all dieser Staaten als Schuldnerland sehr stark in den Vordergrund geschoben und von Polen wurden Vorschläge gemacht die darauf hinauslaufen, diese Staaten könnten ihre Schulden nur dann bezahlen, wenn die Gläubigerländer ihnen in genügendem Umfang Ausfuhrerleichterungen abnehmen. So ist hier der Versuch gemacht worden, eine Front der Schuldner unter Führung Polens gegen die Gläubigerländer, deren wichtigstes Frankreich ist, herzustellen. Inwiefern diese Front in die Erscheinung treten wird, bleibt allerdings abzuwarten. Die Tschechoslowakei beispielsweise, die noch kürzlich von Frankreich einen größeren Kredit erhielt, wird im Falle der Ablehnung der Warschauer Beschlüsse nicht mit der Einstellung des Zinsendienstes drohen, sondern das jenen Ländern überlassen, die ohnehin kein Prestige mehr zu verlieren haben.

Japan versucht es mit Energie und Zureden.

Die große Parlamentsrede des japanischen Außenministers Uchida hat noch einmal klargestellt, daß Japan unter keinen Umständen aus der Mandchurei herausgehen wird, gleichviel wie der Bericht der Mandchurei-Kommission des Völkerbundes ausfallen wird. Die Frage ist nur, ob es auf die Dauer finanziell dieser Politik gewachsen ist. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Japans verschlechtert sich und die Zollserhöhungen, die Britisch-Indien jetzt für japanische Baumwollwaren ankündigt, sind nicht geeignet, die Aussichten des japanischen Handels günstiger erscheinen zu lassen, ist doch Indien nach China das wichtigste Absatzland für Japan. Daher ist es verständlich, daß man in Japan den Bogen nicht überspannen und weitere kriegerische Konflikte auf jeden Fall vermeiden möchte. Um in den Vereinigten Staaten besseres Wetter für Japan zu machen, hat man deshalb einen General „zu einer Mission des guten Willens“ nach Washington entsandt und man hofft, daß es diesem General gelingen wird, alle amerikanischen Besorgnisse wegen der japanischen Politik in der Mandchurei und in China zu beseitigen. Da aber diese amerikanischen Besorgnisse nicht eben klein sind, dürfte die Mission des japanischen Generals wohl auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Nach anderen Nachrichten will Japan auch den Versuch machen, mit China ins Reine zu kommen. Hält man sich vor Augen, welchen Unwillen die Erklärungen des japanischen Außenministers in China ausgelöst haben, so dürfte allerdings dieser Versuch noch aussichtslos sein, als die nach Washington entsandte japanische „Mission des guten Willens“.

Die NSDAP. und die Beuthener Begnadigung.

„Ein neuer Schlag für das deutsche Empfinden“.

München, 2. Sept. Die Umwandlung der Beuthener Todesurteile wird von der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz dahin kommentiert, daß diese Begnadigung als neuer Schlag für das deutsche Empfinden bezeichnet wird. Die Korrespondenz erklärt weiter, man sei sich von vornherein darüber klar gewesen, daß diese Todesurteile niemals vollstreckt worden wären. Wenn die Regierung glaube, daß der heutige Spruch zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen könnte, so sei sie falsch unterrichtet.

Die Korrespondenz fährt dann fort, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die fünf SA-Leute noch heute nach dem Zuchthaus in Groß-Sirelitz übergeführt werden. Die Frauen der Gefangenen seien von der Begnadigung sofort unterrichtet und unter der neuen Erschütterung zusammengebracht. Es gelte nun, so schließt die NSDAP., mit aller Kraft das Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben.

Der deutsche Schritt in der Abrüstungsfrage.

Keine Erörterung der Einzelheiten.

Das Gespräch Neurath-Poncet.

Berlin, 2. Sept. Wie heute nochmals von unterrichteter Stelle hervorgehoben wird, ist in der Besprechung zwischen dem Reichsaussenminister und dem französischen Botschafter über Einzelheiten der deutschen Forderungen nicht gesprochen worden, und auch in der Denkschrift sind zum Beispiel Waffengattungen nicht erwähnt. Die Denkschrift enthält nur das Grundfäßliche des deutschen Standpunktes.

Zu der Meldung des „Petit Parisien“, daß in London ebenfalls eine Besprechung stattgefunden hat, wird von unterrichteter Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß mit anderen Mächten derartige Besprechungen vorgesehen waren. Die Unterredung in London ist tatsächlich vor sich gegangen, doch sind die Angaben des „Petit Parisien“ über ihren Inhalt unzutreffend.

Die gegen den französischen Botschafter Francois-Poncet von einigen Zeitungen gerichteten Angriffe wegen der begangenen Indiskretion in der Behandlung der Unterredung mit dem Reichsaussenminister sind sehr am Platze. Der französische Botschafter hat sich in dieser Angelegenheit völlig korrekt benommen.

Es wird besonders auf die ruhige Art hingewiesen, wie das „Journal des Debats“ die deutschen Forderungen bespricht. Das Blatt sagt, die Frage der Gleichberechtigung könne an dem Punkte, an dem die Welt jetzt angelangt sei, nicht aufgeschoben werden und die deutschen Forderungen trügen einen durchaus gemäßigten Charakter.

Herriot wendet sich an die Alliierten.

Diplomatische Behandlung oder Überweisung an den Völkerbund?

Paris, 2. Sept. „Intransigeant“ glaubt zu wissen, daß Ministerpräsident Herriot wegen des deutschen Schrittes in der Frage der militärischen Gleichberechtigung mit den ehemals alliierten Ländern eine Fühlung genommen habe. In Paris, so schreibt das Blatt weiter, frage man sich, ob das von Deutschland aufgeworfene Problem eine diplomatische Behandlung erheische, oder ob die Überweisung an den Völkerbund oder nur die Verweisung an die Abrüstungskommission angebracht sei. Bis jetzt habe man hierzu noch nicht Stellung genommen, sondern warte die Antworten aus dem Auslande ab. Alles, was man im Augenblick tun könne, sei, eine Empfangsbekätigung vorzubereiten.

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn.

Der Kampf um das Defizit.

Berlin, 3. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsbahn befindet sich in einer schwierigen Lage. Die Reichsregierung hat sie wissen lassen, daß man es für wünschenswert hält, wenn sie sich mit einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm an der Aktion des Reiches beteilige und daß man bereits ein derartiges Programm ausarbeiten möge. Im vergangenen Jahr betrug die Beförderungssteuer 230 Millionen Mark. Sie wird in diesem Jahre etwa 200 Millionen Mark erreichen. Durch Lombardierung der auf diese Verkehrssteuer ausgegebenen Steueranrechnungsscheine könnte sich die Reichsbahn etwa 150 Millionen Mark beschaffen, die für ein größeres Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verfügung stehen würden. Auf der anderen Seite muß aber auch die Reichsbahn mit ihrer unzureichenden eigenen Finanzlage rechnen. Man beziffert das Defizit in diesem Jahr mit 400 Millionen Mark, wobei allerdings die Belastungen durch das Hoover-Jahresjahr mit eingerechnet sind. Immerhin bleibt ein reines Defizit von über 200 Millionen Mark übrig. Die Reichsbahn trug bisher 40 Prozent der Reparationslasten. Dieser Satz soll auch in Zukunft beibehalten werden, so daß sie nach dem Lausanner Abkommen jährlich etwa 70 Millionen aufzubringen hätte. So lange die Finanzverhältnisse der Bahn so schwierig liegen wie heute, bleibt der Sinn eines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms zweifelhaft. Trotzdem wird die Reichsbahn dem Wunsch der Reichsregierung entgegenkommen und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausarbeiten, wobei man der Ausbesserung des Oberbaues besondere Aufmerksamkeit widmen will. Wie schlecht die Lage der Reichsbahn ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß man sich zu ganz erheblichen Verkehrseinschränkungen, besonders im Personenverkehr, entschließen mußte, die im Winterfahrplan 1932/33 zum Ausdruck kommen werden.

Gewerkschaftsbund und Wirtschaftsprogramm

Gegen weitere Lohnsenkungen.

Berlin, 2. Sept. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich mit den in der Rede des Reichsfinanzministers von Papen vom 28. August angekündigten wirtschaftspolitischen Plänen der Reichsregierung. Über die Stellungnahme der Gewerkschaften wird erklärt, daß weitere Lohnsenkungen eine unerträgliche Verschärfung der sozialen Bedrängnis der arbeitenden Bevölkerung, sowie eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen und neue, gesteigerte Arbeitslosigkeit zur Folge haben würden.

Überdies sei der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, einen Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es bei der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 M. für jeden neu eingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplanes der Regierung könne auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern.

Der Zweck, Arbeitslose in Arbeit zu bringen, würde wirkungsvoll gefördert werden, wenn die in Aussicht genommene Steuererleichterung ausschließlich auf solche Betriebe beschränkt bliebe, die durch Neueinstellungen von Arbeitskräften bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit mitwirken. Durch eine solche Änderung des Planes der Reichsregierung würden von der Summe von 1,5 Milliarden aus Steuerermitteln, die nach dem Programm des Kabinetts im vollen Umfang bedingungslos angerechnet werden soll, erhebliche Beträge frei werden, die zur Inangabe und Förderung von öffentlichen Arbeiten, also zu echter Arbeitsbeschaffung im Sinne der bekannten Forderungen der Gewerkschaften Verwendung finden müßten.

Entschieden negative Stellungnahme Polens.

Eine halbamtliche Erklärung.

Warschau, 2. Sept. Nachdem heute der französische Geschäftsträger in Warschau dem polnischen Außenminister einen Besuch abstattet hat, wird durch die Nachrichtenagentur Iskra eine halbamtliche Erklärung des polnischen Außenministeriums zu der an Frankreich gerichteten deutschen Forderung auf Wiederherstellung der Rüstungsgleichheit herausgegeben. In derselben heißt es, die polnische Regierung werde durch den deutschen Schritt nicht überrascht. Sie werde zu diesem Schritt Stellung nehmen, und diese Stellung werde eine entschieden negative sein. Die halbamtliche Erklärung erinnert weiter an den Artikel 1 des französisch-polnischen Vertrages vom 19. September 1921, nach dem Frankreich gehalten sei, in allen Fragen der auswärtigen Politik, welche die Regelung internationaler Angelegenheiten auf Grund der Friedensverträge betreffen, nur im Einverständnis mit Polen vorzugehen.

Die amerikanische Auffassung.

Befriedigung im Staatsdepartement.

Washington, 2. Sept. Der amerikanische Botschafter in Paris drückte dem Staatsdepartement, daß die französische Regierung ihm eine Abschrift der Aufzeichnungen über den deutschen Standpunkt in Sachen der Gleichberechtigung in Rüstungsfragen übergeben habe, die er brieflich nach Washington senden werde. Im Staatsdepartement hat man von den Berliner Darstellungen des wahren Sachverhalts mit Interesse Kenntnis genommen und hat seiner Befriedigung insbesondere darüber Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung keine Aufzählung plane, sondern im Verhandlungswege die Gleichberechtigung erstrebe. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß Botschafter Gibson, als er als Vertreter Amerikas im November 1930 in der Vorbereitenden Abrüstungskommission für den Artikel 53 der Konvention stimmte, der den Status quo der relativen Rüstungen festlegte, deutlich betonte, daß dies sich, soweit Amerika in Frage komme, nur auf die Washingtoner und Londoner Flottenverträge beziehe, daß Amerika jedoch zu den Versailles Bestimmungen in keiner Weise Stellung nehme.

Die Stahlhelmkundgebung im Sportpalast.

Die Ziele des Bundes.

Berlin, 2. Sept. Bei der heute abend im Sportpalast veranstalteten öffentlichen Kundgebung des Reichsfrontsoldatenbundes waren unter anderem auch der ehemalige Kronprinz in Begleitung von Prinz und Prinzessin Oskar, Prinz Eitel-Friedrich und anderen Mitgliedern des ehemaligen Kaiserhauses, sowie Fürst Stachemburg aus Wien anwesend. Den Höhepunkt der Kundgebung bildete die Rede des ersten Bundesführers Selbke, über die Ziele des Bundes. Er führte unter anderem aus: Soldatisches Denken gehört jetzt nach Berlin. Die Herrschaft der Minderwertigkeit ist gebrochen und vorbei.

Seht ihr es soweit, daß von der Führung des Deutschen Reiches das erkannt und ausgesprochen und zum Regierungsprinzip gemacht werden soll, was die Frontgeneration der Männer aus dem Schützengraben bereits im Winter des Jahres 1918 mitbrachten,

was sie durch den Stahlhelm formulierten, was längst Tat und Wirklichkeit hätte werden können in Deutschland, wenn man diese opferbereite und opferwillige Männerherrschaft der Frontgeneration herangefahren hätte.

Wenn wir uns fragen, ob wir auf dem von Anfang an angezeigten Wege des Stahlhelms unsere Ziele schon erreicht haben, so antwortet ich klar: „Nein, das haben wir noch nicht.“ Das konnten wir auch noch nicht in einem Volke, das noch in einer geistigen Revolution, einer Umstellung, in einer Erziehung begriffen ist. Eine Stufe jedoch und eine der wichtigsten haben wir durch die Arbeit des Stahlhelms erreicht.

Es ist keinem inneren und äußeren Feinde gelungen, in dem Deutschen Volke den Wehrgeanken und den soldatischen Gedanken zu unterdrücken oder auszuwischen.

Wir können uns mit dem Erreichten noch nicht zufrieden geben, sondern gerade, wenn wir starke nationale Reaktionen fordern, so wollen wir bereit sein, in unserem Stahlhelm-Sinne weiter zu arbeiten, bis das deutsche Volk die ihm so notwendige allgemeine Dienstpflicht, diese große Volksschule, wieder eingeführt hat.

Aber auch wenn diese zweite Stufe unseres Programms erreicht ist, dann kann der Stahlhelm noch nicht abtreten; denn dann geht es um die dritte Stufe, um die Erreichung der höchsten geistigen Werte in Deutschland. Dann geht es darum, daß eine bewußte nationale Führerschaft vorhanden ist, die Bismards Wert fortsetzt und erfüllt. Die erreicht, daß das von Bismard geschaffene, staatlich geeinte Deutsche Reich auch von heilisch geeinten Deutschen, von einem deutschen Volke, von einer wahren deutschen Nation bewohnt wird. Wir wollen die Eigenschaften der Frontsoldaten: Zähigkeit, Tapferkeit und Durchhalten können nicht in einem Kriege anwenden; denn wir kennen die Schrecken des Krieges und erkennen ihn darum nicht — sondern wir wollen diese Eigenschaften einlegen in freier friedlicher Arbeit zum Aufbau der Nation.

Mit dem System von Weimar, oder mit den Möglichkeiten von Versailles, oder mit einer Kombination von beiden ist nichts zu erreichen. Im Gegenteil, wir müssen diese beiden Systeme auslockern, sprengen, wenn wir zur inneren und äußeren Freiheit kommen wollen.

Die deutsche Zukunft steht nicht bei den Parteien. Die deutsche Zukunft steht nicht bei der Mechanik irgend einer Wirtschaftstheorie. Die deutsche Zukunft steht nicht allein bei den starken Bataillonen, sondern die deutsche Zukunft steht da, wo jener deutsche Geist sein Banner erhebt, für das ich keine härtere Ausdrucksform bisher in Deutschland kenne, als den Geist der alten Frontsoldaten, als den Geist des Stahlhelms.

Samstag, 3. September 1932.

Kurze Umschau.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß und der österreichische Bundesminister Dr. Schuschnigg sind am Freitag in München eingetroffen. Die beiden österreichischen Gäste begeben sich am Samstagmorgen mit eigenem Flugzeug nach Essen zum Katholikentag.

Der Verband schlesischer Textilindustrieller hat die Lohnstarifverträge mit Wirkung vom 30. September gekündigt.

Der Vorsitzende der Stresa-Konferenz, der französische Abgeordnete Bonnet, wurde von Herriot empfangen und hatte außerdem eine längere Unterredung mit Finanzminister Germain-Martin. Endlich besprach sich Abgeordneter Bonnet auch noch mit dem italienischen Botschafter in Paris.

Der Katholikentag in Essen.

Die Eröffnungsrede Bernhard Dittes.

Essen, 1. Sept. In seiner Eröffnungsrede auf dem Katholikentag führte der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Bernhard Dittes (Berlin), u. a. aus:

In unserer Zeit der materiellen und seelischen Not ragen die Katholikentage als orientierende und tröstende Veranstaltungen hinein. Ein Blick in die Kriegenunternehmungen und Werke des hiesigen Gebietes zeigt uns die ganze Schwere der gegenwärtigen Krise. Es ist notwendig, mit allen Kräften, die uns zur Verfügung stehen, dem lähmenden Pessimismus, dem zerstörenden Radikalismus, der Verzweiflung und vor allem dem Mangel an sozialer Gemeinschaft entgegenzuwirken. Wir wissen, daß eine erfolgversprechende Lösung der brennenden Gegenwartsprobleme und eine Behebung der Notstände nur möglich ist, auf dem Boden der Grundzüge und der ewigen Wahrheiten des Christentums. Solange es weite und einflussreiche Kreise gibt, die eine Wirtschaft aufbauen wollen nach dem Grundsatz, daß das Christentum draußen zu bleiben habe, wird keine die Wohlfahrt steigende Ordnung der Dinge zustandekommen. — Wirtschaftliche und politische Ursachen haben die Sozialpolitik heute stärker denn je zu einem Gegenstand des Streites und der Auseinandersetzungen gemacht. Aber diesen Streit hinaus aus uns untere Weltanschauung auf das Grundsätzliche, auf den Sinn wahrer Sozialpolitik, der vor allem darin liegt, den am meisten Bedürftigen zu schenken und ihm zu helfen. Der Redner bezeichnete die Auffassung, daß die moralischen Kräfte im Volke durch den Wohlstandsstand gefährdet würden, als einen Schlag ins Gesicht hungernder Volksmassen und als im Widerspruch zur christlichen Sozialauffassung stehend. Weder Liberalismus und Sozialismus, noch Kommunismus und Faschismus könnten die Grundlage für eine lebensreiche Zukunftsentwicklung abgeben.

Telegrammwechsel mit dem Reichspräsidenten.

Opferbereite Mitarbeit.

Berlin, 2. Sept. Der deutsche Katholikentag hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

Die 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken erwidelt dem verehrungswürdigen Reichspräsidenten treu ergebene Grüße und gelobt aus dem Geiste wahrer Volksverbundenheit opferbereite Mitarbeit zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes.

Der Reichspräsident hat hierauf wie folgt geantwortet: Für das freundliche Eingedenken sage ich den zum 71. Deutschen Katholikentag in Essen versammelten deutschen Männern und Frauen meinen aufrichtigen Dank. Ihr Gelübnis opferbereiter Mitarbeit nehme ich dankbar entgegen. Mögen ihre Beratungen dazu beitragen, die christlichen Grundzüge im deutschen Volke und seinem Staatsleben zu festigen und die Einigung unseres Vaterlandes zu einer wahren Gemeinschaft zu fördern. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung reichen Erfolg.

Es wird schon wieder besser.

Optimistische Geschichten von Hans Riebau.

Räufung.

Leopold lernt einen neuen Herrn kennen. Der dicke Herr hat ein trauriges Gesicht, und man sieht es seinem Kragen und seiner Krawatte an, daß ihm das Leben keinen Spaß mehr macht. „Wenn ich nur den Mut fände, mich irgendwo aufzuhängen“, murmelt er.

„Aber, aber —“, sagt Leopold, „jetzt, wo es anfangt besser zu werden, wollen Sie sich aufhängen? Sehen Sie denn nicht, wie die Rohstoffpreise steigen, wie die Kurse klettern? Sehen Sie nicht, wie die Regierung alles tut, um von der Krise zur Konjunktur zu kommen und um die Arbeitslosen zu beschäftigen?“

„Wirklich?“, flüsterte der dicke Herr, „meinen Sie wirklich, daß?“

„Aber natürlich“, nickte Leopold, „das Schlimmste ist überwunden. Wir müssen uns nur dazu zwingen, den Pessimismus zu begraben und uns auf einen, natürlich gemäßigten, Optimismus umzuschalten.“

„Oh“, sagt da der dicke Herr, „können Sie mir dann vielleicht mit fünfzig Mark unter die Arme greifen?“

„Aber bitte sehr“, jubelte Leopold die Ähsele, „ich habe ausdrücklich gesagt: gemäßigter Optimismus!“

Symptom.

Das vornehme Weinrestaurant ist leer. Abends um acht aber öffnet sich die Tür. Ein Herr kommt herein, gibt die Garderobe ab, setzt sich an einen Tisch und bestellt: weiße Schildkrötensuppe, Seesungenfilet in Weißwein, Lammrücken vom Spieß mit Steinpilzen, Käse. Und dazu: Steinberger Kabinett, Bonnard.

Der Kellner nickt. Der Gast ist und trinkt. Um elf Uhr verläßt er das Restaurant.

Der Kellner kommt zum Geschäftsführer. In seinen Knien vibriert es, und in seinen Augen liegt ein seltsamer Glanz. „Er hat bezahlt“, sagt er.

Der Geschäftsführer läßt das Börzenblatt sinken. „Also doch“, flüstert er, „die ersten Anzeichen einer Konjunktur.“

Umkehrung aller Werte.

Peter ist Lehrling bei Pohl u. Sohn. Pohl u. Sohn machen Geschäfte in Roggen, Hafer und Getreidemehl. Peter hat gesehen, wie der Roggen und der Hafer immer billiger, und wie die Geschäfte von Pohl u. Sohn immer düsterer wurden. Peter hat das nie so recht verstanden. Aber seit gestern weiß er überhaupt nicht mehr, was los ist.

Wiesbadener Nachrichten.

Nachsommer.

Das Wetter der nächsten Woche.

Die letzte Woche des meteorologischen Sommers verlief nach nochmaliger starker Erhitzung, die am Ende der Woche in Mittel- und Süddeutschland das Quecksilber vielfach wieder auf 31, in Erfurt und Magdeburg sogar auf 33 Grad Wärme ansteigen ließ, erwartungsgemäß zwar etwas veränderlich, aber immer noch durchaus sommerlich, und die Temperaturen überschritten täglich nicht unerheblich 20 Grad. In manchen Gebieten wurden auch noch 25 bis 26 Grad Wärme erreicht, und nur vorübergehend war es in einzelnen Gebieten etwas kühler, jedoch zum Beispiel Montag in Dresden nur 17 Grad als Höchsttemperatur verzeichnet wurden. Dagegen machte sich das Vorzeichen der Jahreszeit in einem beträchtlichen Absinken der nächtlichen Temperaturen bemerkbar, und zwar vorwiegend im nordwestlichen Binnenland sowie stellenweise an der Ostseeküste. Mittwochabend kamen in einem Teil von Ostpreußen sowie im Alpenvorland sehr ergiebige Regengüsse in Begleitung von Gewittern vor.

Im übrigen überragte in Mitteleuropa der Hochdruckeinfluß, der von einem ursprünglich dem Bereich der Britischen Inseln verlagerten Maximum ausging, das allmählich ostwärts nach Skandinavien abwanderte und nicht nur die zentralen Gebiete des Kontinents mit umfaßte, sondern auch durch eine Brücke im Alpengebiet die Verbindung mit dem Azorenmaximum aufrechterhielt. Dieses machte um die Wochenmitte überdies einen kräftigen Vorstoß nach Nordosten, jedoch schon Donnerstag der höchste Druck von über 770 Millimeter über der Bistagajee lag, wogegen das nord-europäische Hoch mit seinem Kern die Mitte in der Richtung nach Rußland überschritt, jedoch am 1. September das ganze europäische Festland wieder unter Hochdruckeinfluß stand, der nur stellenweise durch noch vorhandene kleinere Druckstörungen gewitterhaft gestört wurde.

Bemerkenswert als die über dem Festland nach den letzten Regengüssen nunmehr ziemlich ausgeglichene Druckverteilung ist eine bereits herbitlich stark ausgeprägte Depression im Nordwesten des Erdteils in deren über Island lagernden Minimum das Barometer Donnerstag bis auf 730 Millimeter gefallen war. Ein Ausläufer dieser Depression war es auch, der Mittwochabend, die kalten Regengüsse in Ostpreußen auslöste; ihm folgte aber auch dort über Island nordostwärts nach dem Eismeer weiter ziehend, ohne die Bitterung bei uns nennenswert zu beeinflussen. Die Wahrscheinlichkeit spricht jedenfalls dafür, daß der Ausläufer des Azorenmaximums weiter nordostwärts vorgezogen wird, und daß sich demgemäß bei uns eine neue Periode ruhiger, heiteren und trockenen Hochdruckwetters einstellt, wie sie der Nachsommer sehr häufig bringt, und zwar mit größerer Regung zu Beständigkeit als während der Hochsommermonate. Störungen dürften vornehmlich von neuen Randwirbeln des Islandtiefs und von einer neuen westatlantischen Depression ausgehen, die aber erst zu Beginn der Woche den Ozean überschritten haben wird. Diese Störungen werden sich voraussichtlich auf den Westen und das Küstengebiet beschränken, wogegen das Binnenland, zumal seine südlicheren Teile, begründete Aussicht auf meist schönes und sonniges Wetter mit noch ziemlich hohen Tagestemperaturen bei Winden aus östlichen Richtungen hat. Die Nähe des Herbstes wird sich freilich stellenweise durch kühle Nächte und frühnebel zum Ausdruck bringen.

Sitzung des Nassauischen Verkehrsverbandes.

Die Werbetätigkeit in Holland zum 400. Geburtstag Wilhelms von Oranien.

Der Nassauische Verkehrsverband hielt in Limburg unter dem Vorsitz von Regierungsrat Jakobus (Wiesbaden) mit dem Verkehrsverband für die Lohn, Vertretern der Städte Diez, Dillenburg, Siegen, Wiesbaden usw. eine gemeinsame Sitzung ab, die sich mit vorbereitenden Arbeiten für die Werbetätigkeit in Holland anläßlich der Nassauischen Feiern zum 400. Geburtstag Wilhelms

von Oranien beschäftigte. Bekanntlich sind die Nassauischen Feiern in den Juli kommenden Jahres gelegt, um möglichst vielen Niederländern die Teilnahme an ihnen zu ermöglichen. In der jetzigen Bepreisung wurde endgültig die Herausgabe eines Führers durch Nassau in holländischer Sprache beschlossen. Dieser Führer soll besonders historische Gesichtspunkte herausstellen und den holländischen Leser mit der Heimat und den Stammländern des großen Führers seines Volkes vertraut machen. Daneben wird der Verband ein gemeinsames Faltblatt der Feststädte Diez, Dillenburg und Siegen herausbringen. Mit der Materialbeschaffung und redaktionellen Bearbeitung der Drucksachen wurde Bürgermeister Heck (Diez) betraut. Der Vertrieb des Werbematerials in den Niederlanden wird in Verbindung mit der Reichsbahn-Zentrale erfolgen. Diese will ihrerseits mit einem Plakat in den Niederlanden aus diesem Anlaß werben. Man hofft mit diesen Maßnahmen den Holländerbesuch im Nassauerland 1933 ganz besonders zu beleben. Er nimmt bereits in diesem Jahr die erste Stelle im Ausländerverkehr ein, auch in Wiesbaden, wo bisher über 10 000 holländische Besucher dieses Jahr gezählt wurden.

Das Akademiker-„Wertjahr“.

Leichter Rückgang der Zahl der Abiturienten.

Der Plan, den angehenden Akademikern vor Beginn des Hochstudiums ein Jahr praktischer Betätigung zu beschaffen, den der Kanzler in Münster jetzt angedeutet hat, beschäftigt zur Zeit die zuständigen Stellen der Reichsregierung. Dabei zeigt sich, wie wir von unterrichteter Seite hören, daß die Verwirklichung dieses Vorhabens für Akademiker auf große Schwierigkeiten stößt. Ein ausgearbeiteter Vorschlag liegt bisher noch nicht vor. Das Reichsinnenministerium muß die Verhältnisse noch eingehend prüfen und wird sich gegebenenfalls auch mit den Ländern noch in Verbindung setzen, ohne die bei diesem Plan überhaupt nicht vorgegangen werden kann. Soweit wie möglich, wird man im übrigen versuchen, die Bemühungen zu unterstützen, die auf eine Vermittlung von Abiturienten in die Wirtschaft abzielen, und die u. a. vom Deutschen Philologenverband mit bisher erfolgreichen Ansätzen weiter betrieben werden. In diesem Jahr ist schon ein leichter Rückgang der Zahl der Abiturienten festzustellen, der sich in den kommenden Jahren weiter fortsetzen wird. 1931 wurden insgesamt 42 600 und davon rund 33 000 männliche Abiturienten gezählt, während nach den neuesten vorliegenden Erhebungen in diesem Jahr die Gesamtzahl 40 000 beträgt, mit etwa 30 000 männlichen Abiturienten. Im kommenden Jahr wird der Rückgang noch erheblich stärker sein.

Wiesbadener Gäste. Im Palais-Hotel sind zu mehrmonatigem Aufenthalt u. a. eingetroffen: Herr Hofkapellmeister Dr. Otto Bamberg und Frau (Dresden), Herr Professor Dr. Lönne (Düsseldorf), Excellenz Frau Hortensia Sachs (Karlsruhe), Brauereibesitzer Hermann Melchior und Frau (Bühl), Frau Baronin von Büdingen (Wiesbaden), Mrs. C. S. Caldwell (New York), sowie der Violinvirtuose Etté.

Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 1. September 1932 angemeldeten Fremden beträgt 71 053 Kurgäste und Patienten.

Generalversammlung des Nassauischen Landes-Obst- und Gartenbauvereins. Die 47. Vorstandssitzung und Generalversammlung des Nassauischen Landes-Obst- und Gartenbauvereins findet am 1. und 2. Oktober d. J. in Hofheim im Taunus unter dem Vorsitz des Präsidenten Hartmann-Lübke (Bad Homburg v. d. H.) statt. In der Vorstandssitzung wird Gartenbaudirektor Kerk (Wiesbaden) den Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr vorlegen, außerdem werden in der Vorstandssitzung sowie in der Generalversammlung zeitgemäße Thematika über den Obstbau behandelt werden. So wird u. a. Direktor Temmerhoff (Berlin) vom Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften über „Planmäßiger Obstbau, eine Existenzfrage des Obstbauers“ referieren. Mit der Tagung ist eine Obst- und Gartenbauausstellung in der Hofheimer Turnhalle verbunden, die den Besuchern einen Ausschnitt aus den in Hofheim und in Orten der näheren und

Wieso?“, zuckt Gront die Achsel, „hast du denn nicht das Regierungsprogramm gelesen? Jeder, der einen Arbeitnehmer anstellt, bekommt vierhundert Mark.“

Der Weg zum Glück.

In den Kontorräumen der Firma Lafsch u. Co. glänzt es wie Sonnenchein. Die ersten Geschäfte fluten, und hier und da fangen die Schreibmaschinen an zu klappern. Vor vier Jahren Teilhaber der Firma, kommt aus dem Pensionskontor des alten Lafsch. Seine Augen strahlen. „Ratlos“, sagt er, „was für ein Glück! Ich bin nicht mehr Teilhaber. Ich bin wieder Buchhalter. Mit festem Gehalt!“

Pumpverfuch.

Biolet kommt zu Grannemann. Biolets Gesicht ist voll von heimlicher Hoffnung. „Hör mal“, sagt sie, „allmählich geht es ja uns allen besser. Könnte ich dich einmal zehn Minuten unter vier Augen sprechen?“

„Zehn Minuten?“ schüttelt Grannemann den Kopf. „ausgeschlossen! So viel Geld habe ich gar nicht bei mir.“

Aus Kunst und Leben.

• Edoard Grieg. (Zum 25. Todestag am 4. September.)

Wer könnte sich wohl dem Zauber jener wehmütigen, charakteristischen Musik entziehen, die Edoard Grieg zu Ohrens „Peer Gynt“ geschrieben hat? Jene spukhaft dämonische Musik in der Halle des Bergkönigs, der Tanz der Trolle, das rührende einfache Lied der Solveig und nicht zuletzt jenes zu Herzen gehende Motiv beim Tod der Mutter Kaja, jenes den Hörer und ziehen ihn in ihren Bann, so daß er noch interessierter den Geschehnissen des Dramas folgt. Edoard Grieg, der am 15. Juni 1843 in Bergen geboren wurde, kam bereits mit 15 Jahren nach Leipzig. Später ging er nach Kopenhagen, und erst von Nordraat wurde er veranlaßt, jene charakteristisch nordische Musik zu komponieren. Im Jahre 1871 gründete Grieg in Christiania einen Musikverein, den er bis 1880 leitete. Inzwischen hatte Grieg große Reisen unternommen, er hatte u. a. Italien besucht und dort viel kennengelernt. Grieg schätzte Deutschland besonders, in Leipzig führte er mehrere seiner Kompositionen auf, von denen neben der Suite aus „Peer Gynt“ vor allem die „Elegischen Melodien“, die „Nordischen Tänze“ und die „Männerchöre zu nennen sind. Daneben hat der Komponist zahlreiche Lieder und auch größere Werke, wie beispielsweise „Der Berg-Entrückte“ und „Olaf Trygvason“ geschrieben. Edoard Grieg ist am 4. September 1907 in seiner Geburtsstadt Bergen gestorben.



Leonhard Frank,

der bekannte Dichter und Schriftsteller, feiert am 4. September seinen 50. Geburtstag. Die ersten Erfolge errang Frank mit seinen Romanen „Die Räuberbande“ und „Die Ulfasse“, sowie die Novellenammlung „Der Mensch ist gut“. Zu seinem berühmtesten Werk wurde sowohl in Buchform wie in der Dramatisierung „die Heimkehrer-Tragödie „Karl und Anna“.

Der Chef strahlt, der Sohn strahlt, und sogar der Prokurist pfeift ein Lied. „Wie kommt denn das?“, flüstert Peter, „ist irgendetwas besonderes vorgefallen?“

„Natürlich“, flüstert der Korrespondent zurück, „wir haben vierzig Waggons Hafer gekauft, und wie die Futura kommt, ist er vier Prozent teurer, als wir alle zu hoffen gewagt haben.“

Naturbelug.

Gront läuft über die Straße. „Wohin willst du?“, hält ihn Leonard an. „Zum Arbeitsnachweis“, leucht Gront, „ein Dienstmädchen engagieren!“

„Aber was willst du denn mit einem Dienstmädchen?“, schüttelt Leonard den Kopf. „Du hast ja gar keinen Haushalt!“

weiteren Umgebung gezeigten Obstes zeigen und dazum wird, wie starke Anläufe für den Erwerbsobstbau in den Gemarkungen des südlichen Taunus im Main-Taunuskreis vorhanden sind.

— **Härten beim Gepäcktarif.** Dem Gepäcktarif der Reichsbahn liegt ein von 10 zu 10 Kilogramm gestaffelter Tarifssatz zu Grunde. Diese Regelung trägt den besonderen Verhältnissen der reisenden Kaufleute, die vielfach Koffer aufgeben, die den durch 10 teilbaren Gewichtssatz nur um ein Geringes übersteigen, leider in keiner Weise Rechnung. Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands hat deshalb auf Grund verschiedener ihm zugegangener Beschwerden bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Hauptverwaltung, angefragt, dem Zuge der Zeit folgend die Sätze für Reisegepäck dadurch zu ermäßigen, daß anstelle der bisher üblichen Aufzählung von 10 zu 10 Kilogramm eine Zwischenstufe von jeweils 5 Kilogramm zur Einführung gelangt. Eine Berücksichtigung dieses Antrages würde ohne Zweifel auch von weiteren Kreisen der Eisenbahnbenutzer aufrichtig begrüßt werden.

— **Der Rückgang des Wohnungsbaues.** Seit Beginn der Krise hat man mit einem großen Rückgang des Wohnungsbaues gerechnet. Aber die jetzt vorliegenden Zahlen über das erste Halbjahr 1932 geben doch ein erschütterndes Bild. Der Zugang an Wohnungen betrug im ersten Halbjahr 1932 nur 27.000, während zur gleichen Zeit im Vorjahr dieser Zugang noch 65.900 Neuwohnungen ausmachte. Neben diesem Rückgang ist aber auch eine starke Verschiebung in der Art des Wohnungsbaues und seiner Finanzierung zu beobachten. Seit der Auflösung der Baufinanzierung von der öffentlichen Hand werden im steigenden Maße Klein- und Einfamilienhäuser errichtet. 12 Prozent aller hergestellten Wohnungen entfielen im ersten Halbjahr auf Einfamilienhäuser.

— **Ein neuer Gehweg.** Die Grasfläche und Tannenanlage, die an der Ecke der Sonnenberger Straße und an dem Weg „An der Dielenmühle“ liegt, ist jetzt durch einen neu angelegten Fußsteig unterbrochen worden. Die Fahrgäste der Omnibusse, die an der dort gelegenen Haltestelle aussteigen, können jetzt direkt in die Anlagen einbiegen.

— **Straußenzucht im Frankfurter Zoo.** In diesen Tagen sind sechs Küken des süditalienischen Kampfschneepfau, auch Kambu oder Khea genannt, geschlüpft. Vier davon wurden durch den Vater, dem, wie bei allen Straußen, allein das Geschlecht der Brut- und Jungenaufzucht obliegt, gezeitigt, eines im Zoologischen Universitäts-Institut durch einen Brutapparat. Der weiße Kambuhahn ist um seine Brut und sein Pflegekind außerordentlich besorgt.

— **Beim Fensterputzen abgestürzt.** Am Freitagmittag gegen 12 Uhr ist aus dem Fenster des ersten Stockwerkes in einem Hotel in der Nikolaistraße eine Hausangestellte abgestürzt. Das junge Mädchen, das mit dem Reinigen der Fenster beschäftigt war, verlor das Gleichgewicht und fiel mit dem Wasserimer in den Vorgarten des Hauses, wo es schwer verletzt liegen blieb. Man brachte die Verunglückte, die bei dem Unfall einen Armbruch und innere Verletzungen erlitten hatte, ins St. Josefs-Hospital.

— **Inbülsum.** Der Postkassierer Georg Herrmann, Johannsberger Straße 6, beim Telegraphenamt hier, kann am 4. d. M. auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Reichspostverwaltung zurückblicken.

— **Köln-Düsseldorfer Rheinbampfahrt.** Die für heute Samstag angelegte Abendfahrt um 18.50 Uhr fällt aus. — Zum Besuch der Rüdesheimer Weinlesewoche werden in der Zeit von Montag, 5. bis Samstag, 10. September für die Dampfer 14.52 Uhr und 18.50 Uhr ab Riedrich verbilligte Rückfahrtscheine ausgegeben. Die Rückfahrt kann mit jeder Tour in Einheitsfahrt erfolgen. — Die billigen Ferienfahrten der Köln-Düsseldorfer finden auch in der nächsten Woche statt.

Wiesbaden-Bierstadt.

Am Donnerstagmittag kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Motorrad und Straßenbahn, der noch glücklich abgelaufen ist. Aus der Sandbachstraße kam ein mit zwei Personen besetztes Motorrad gerade in dem Augenblick, als die Straßenbahn von Wiesbaden her diese gefährliche Sandbachstraße-Rathausstraße passierte. Der Straßenbahnführer brachte den Wagen sofort zum Halten, konnte aber nicht verhindern, daß der Motorradfahrer dem Wagen in die Flanke fuhr, wobei das Rad umstürzte. Glücklicherweise kam der Fahrer mit Hautabrischen an der Hand davon, während der Beifahrer unverletzt blieb. Auch das Motorrad wurde nur gering beschädigt, so daß die Motorradfahrer ihre Fahrt fortsetzen konnten.

Vom Munitionsdepot zum Kindererholungsheim.

Die Entfickung der Mainzer Zone hat eine Anzahl militärischer Anlagen und Baulichkeiten ihrer ursprünglichen Bestimmung entzogen, die — sollen sie nicht der Zerstörung anheimfallen — neuen Zwecken zugeführt werden müssen. Eine in hohem Maße anerkanntswürdige Leistung hat die Mainzer Kinderhilfe unter Führung von Stadtmedizinaldirektor Dr. Rosenhaupt und Bürgermeister Maurer vollbracht, als sie aus dem früheren Munitionsdepot ein Kindererholungsheim schuf, das mit seinem schattigen Hof, den lustigen Liegehallen, freundlichen Speisehallen, Bad- und Badeeinrichtungen in nichts mehr an seine frühere menschenverachtende Bestimmung erinnert.

Den ersten Gedanken zu einer derartigen Einrichtung erweckten, wie Dr. Rosenhaupt bei einer Besichtigung ausführte, die hervorragenden Erfolge der Luftbadpflege in Frankfurt a. M. Die neuen Einrichtungen sind aus einem Sonderfonds der Mainzer Kinderhilfe geschaffen, der im wesentlichen aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken gespeist wurde. Der Ausbau ist erfolgt unter Heranziehung von Pflichtarbeitern, die sich mit großem Interesse und Eifer dieser gemeinnützigen und zufälligen Arbeit unterzogen haben.

Bis zu Beginn des Sommers waren die Einrichtungen soweit geordnet, daß erholungsbedürftige Kinder unter Führung von Jugendleiterinnen und Junglehrern versorgt werden konnten. Die Reuanlage bildet ferner den Mittel- und Sammelpunkt bei den Ferienwanderungen. Die modern eingerichtete Küche hat dabei durch Speisung von über 1200 Kindern ihre Probe bestanden. Zur Zeit sind täglich etwa 120 bis 150 Kinder im Erholungsheim tagsüber untergebracht. Die Anlage läßt weiteren Ausbau zu. So soll alsbald ein Haus zur Tag- und Nachtaufnahme von 50 bis 60 Kindern bereitgestellt werden.

Noch ist vieles nur erst Projekt, aber schon was bis jetzt mit erstaunlich geringen Geldmitteln ausgeführt wurde, bringt einen vielversprechenden Gedanken zu vorbildlicher Verwirklichung und zeigt, daß selbst in der heutigen Notzeit mit beschränkten Mitteln bei gutem Willen und idealem Sinn ein zukunftsreiches Werk mit Erfolg in Angriff genommen werden kann.

Aus dem Stadtparlament.

Debatte um die Winterhilfe. — Sozialdemokratisch-kommunistische Auseinandersetzungen über den Freiwilligen Arbeitsdienst. — Der zweite Bauabschnitt der Randsiedlung.

Die Stadterordnetenversammlung befaßte sich in ihrer Freitagssitzung u. a. mit der Bewilligung eines Betrages von 6600 M. für bauliche Maßnahmen im Nassauischen Landestheater (Großes Haus) und, im Zusammenhang mit einem Antrage der kommunistischen Stadterordnetenfraktion, der Magistrat möge zur nächsten Stadterordnetenversammlung einen großzügigen Winterhilfsplan für alle Erwerbslosen, Unterstützten und Rentenempfänger sowie sonstige Kinderbedürftige vorlegen, mit dem

Hilfsmassnahmen für die Erwerbslosen im kommenden Winter.

Die Mittel für das Nassauische Landestheater wurden ohne Aussprache bewilligt. Es handelt sich dabei um die geplante Einrichtung von Brausebädern, von Proberäumen usw. Mit der Regierung soll wegen eines Staatszuschusses verhandelt werden.

Der Antrag der kommunistischen Stadterordnetenfraktion, durch den der Magistrat aufgefordert wird, einen Winterhilfsplan für die Erwerbslosen, Unterstützten und Rentenempfänger usw. auszuarbeiten, begründete Stadterordneter Stolz (Kommunist). Der Antrag sei so frühzeitig gestellt worden, damit der Magistrat Gelegenheit hat, sich mit der großen Notlage der Erwerbslosen eingehend zu beschäftigen und ein Winterhilfsplan in die Wege zu leiten, das den Anforderungen gerecht wird. Dies Hilfswort dürfe nicht etwa nur darin bestehen, daß man die private Wohlfahrtspflege mobil macht, sondern es müßten ganz konkrete Festlegungen getroffen werden, insbesondere für die kostenfreie Beleuchtung mit warmem Unterzeug, Mietbeihilfen, die kostenfreie Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität und Brennmaterial.

Stadterordneter Arndt (Sozialdemokrat) ging ebenfalls auf die Lage der Erwerbslosen, von denen 30 bis 35 Prozent länger als 2 Jahre ohne Arbeit sind, ein. Der sozialdemokratischen Fraktion liege daran, daß hier tatächlich geholfen wird. Der Redner ersuchte ferner den Magistrat, dafür zu sorgen, daß die Aufrechterhaltung der Invalidenversicherung aller Erwerbslosen gesichert wird.

Oberbürgermeister Krücke teilte mit, daß der Magistrat bemüht sein werde, auch im kommenden Winter Maßnahmen zu treffen, um die große Not in den Kreisen der Erwerbslosen zu lindern. Einzelheiten darüber werde der Magistrat in der nächsten Sitzung mitteilen. Selbstverständlich sei der Magistrat bei diesen Maßnahmen gehemmt durch die Finanz- und Kassenlage der Stadt. Man sei auch diesmal wieder angewiesen auf die Mithilfe privater Organisationen, bezw. der privaten Wohlfahrtspflege, und müsse mit dieser zusammenarbeiten. Der Verein für Volkspeisung, dessen Tätigkeit erfreuliche Erfolge aufzuweisen hatte, werde wieder ins Leben treten; es seien schon Vorbereitungen getroffen, für eine großzügige Werbetätigkeit.

Stadterordneter Holländers (Nationalsozialist) führte aus, daß seine Fraktion sich über die Notlage der Erwerbslosen im bevorstehenden Winter schon viel früher im klaren gewesen sei. Deshalb habe sie auch den diesjährigen Etat mit dieser Begründung abgelehnt. Der Redner legte Einspruch dagegen ein, daß der Stadterordnetenverband Beschlüssen seiner Fraktion dulde, ohne Ordnungsrufe zu erteilen. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß eine Möglichkeit zum Einschreiten nicht gegeben wäre, solange nicht einem einzelnen Herzen die Zusage gemacht würden.

Der Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen.

Nachdem die

Mittel für weitere 50 Siedlungsbauten

der Stadt zugesprochen worden sind, soll der zweite Bauabschnitt der Randsiedlung auf dem ehemaligen Exerzierplatz in Wiesbaden-Dohheim zur Durchführung kommen. Mit der Nassauischen Heimstätte, mit der man bei der Ausführung des ersten Bauabschnittes gute Erfahrungen gemacht hat, wurde ein Nachtragsvertrag abgeschlossen. Der Haustyp wird in seinen Ausmessungen etwas größer werden; außerdem werden einige größere Häuser für die reicheren Familien entstehen. Die „Wagwan“ übernimmt wieder die Anlage der Wasser- und Wasserleitungen. Stadterordneter Ballmann sprach sich gegen die Vorlage aus, da seine Fraktion die Siedlungsbauten als für menschliche Wohnweise unwürdig und unhygienisch ablehne. Man möge doch lehrreiche Bitten für die Siedler herrichten lassen. Stadterordneter Fresenius weist demgegenüber darauf hin, daß die Siedler selbst sich sehr zufrieden über die neu errichteten Siedlungsbauten ausgesprochen haben. Man müsse es deshalb begrüßen, daß die Errichtung weiterer Siedlungsbauten ermöglicht werden kann. Die Vorlage wird darauf angenommen.

Der Freiwillige Arbeitsdienst.

In ausführlicher Weise wurde dann über den Antrag der kommunistischen Stadterordnetenfraktion debattiert, für den Freiwilligen Arbeitsdienst keine Arbeit

mehr zur Verfügung zu stellen und alle im Freiwilligen Arbeitsdienst vorgesehenen Arbeiten im freien Arbeitsverhältnis zu tariflichen Bedingungen durchzuführen. Diesen Antrag begründete der Stadterordnete Krüger (Komm.) Den jungen Leuten sei nicht damit gedient, wenn sie ohne Vergütung beschäftigt werden. Es bestehe die Gefahr, daß auf diese Weise Arbeiten, die zu tariflichen Lohnlagen durchgeführt werden sollten, im Freiwilligen Arbeitsdienst erledigt finden. Aus diesem Grunde müsse der Freiwillige Arbeitsdienst beseitigt werden.

Stadterordneter Arndt (Sozialdemokrat) spricht sich gegen den kommunistischen Antrag aus und bezeichnet den Freiwilligen Arbeitsdienst als eine notwendige Einrichtung. Es wäre zwar wünschenswert, daß die im Freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten tarifliche Löhne beziehen, aber dann könnten viele der jetzt im Freiwilligen Arbeitsdienst verrichteten Arbeiten nicht durchgeführt werden. Der Zustrom von jungen Arbeitern zum Freiwilligen Arbeitsdienst sei so außerordentlich groß, daß die Bereitstellung von geeigneten Arbeiten nach Möglichkeit erfolgen sollte. Es müsse aber darauf Bedacht genommen werden, daß nicht solche Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt werden, die eigentlich zu tariflichen Löhnen zu leisten wären. Seine Fraktion könne sich deshalb mit dem Inhalt des Antrages nicht identifizieren. Durch den Freiwilligen Arbeitsdienst würde die Arbeitslosigkeit zwar nicht beseitigt, aber doch außerordentlich viel seelische Not von den jungen Menschen genommen.

Die Aussprache steigerte sich schließlich in ein heftiges Wortgefecht zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Eine große Anzahl der Stadterordneten verließ den Saal, so daß Beschlussfähigkeit eintrat.

Zahlreiche

Fluchtlinienplanänderungen und Grundstücksangelegenheiten

Am vorher ohne Aussprache zur Annahme. Der Fluchtlinienplan über die Befriedung der Fluchtlinien der Randsiedlung an der Nordseite und Westseite der Siedlung „Am Gräfelberg“ in der Gemarkung Wiesbaden-Biedrich hat ein Projekt zum Gegenstand, durch dessen Ausführung die Siedlung nördlich und westlich ihren Abschluß erhalten soll.

In der Gemarkung Wiesbaden-Frauenstein ist es notwendig geworden, eine Straße in dem Gebiet zwischen der Dohheimer Straße, der Burgstraße und der Nikolaistraße, festzusetzen, um den verstärkten Autoverkehr aus der eng gebauten Dohheimer Straße herausnehmen zu können. Gleichzeitig wird im Zusammenhang mit der Anlage einer Straße ein öffentlicher Platz geschaffen werden, an dem es bisher in Frauenstein gefehlt hat.

In dem Gebiet zwischen Wiesbadener Straße einerseits, sowie zwischen Stedengartenstraße und dem Haus Wiesbadener Straße Nr. 43 in der Gemarkung Wiesbaden-Sonnenberg beabsichtigt ein Unternehmer Wohnbauten zu errichten. Die Diagonalsstraße, die durch das Gelände führt, muß deshalb verlegt werden.

Durch die Errichtung der Großmarkthalle ist der Ausbau der unteren Homburger Straße notwendig geworden. An der Gersdorffstraße hat die Polizei ein Anstehen errichtet. Es wird nun befürchtet, daß durch den lebhaften Verkehr, der sich an den Markttagen hier abspielen wird, Störungen eintreten. Der Stadt standen für den Ausbau der unteren Homburger Straße keine Mittel zur Verfügung. Es wurden Verhandlungen mit Berlin geführt, die zur Bewilligung von 18.000 M. geführt haben. Den Restbetrag wird das Wohlfahrtsamt zuschießen. Die Arbeiten werden als Notstandsarbeiten durchgeführt werden.

Bewilligt wurden die Mittel für die Pensionierung von Beamten und für ein Witwengeld; der Wahl von Mitgliedern für die Kreisbedammente, der Wahl von Mitgliedern für den Ausschuss zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen, der Erziehung für ein Mitglied der Berufsgerichtsdputation und der Beförderung einer Ortsgerichtsmannschaft in Wiesbaden-Hefloch wurde zugestimmt. — Schluß der Sitzung 19 Uhr.

Die Krankenziffer bei den städtischen Verkehrsbetrieben.

Antwort des Magistrats auf eine kommunistische Anfrage.

Die Städtische Pressestelle teilt mit: In der Sitzung der Stadterordnetenversammlung vom 2. September 1932 hat die kommunistische Fraktion eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, die sich mit dem Gesundheitszustand des Fahrpersonals der städtischen Verkehrsbetriebe beschäftigt. Da die Sitzung infolge eingetretener Beschlussunfähigkeit ausgesetzt wurde, konnte die Anfrage in der Sitzung nicht mehr beantwortet werden. Es wird daher auf diesem Wege festgestellt, daß die Krankenziffer bei dem Personal der städtischen Verkehrsbetriebe eine erheblich günstigere ist, als die Durchschnittsziffer bei anderen ähnlichen Betrieben.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Von der Wagenschleife durchbohrt.

— **Frankfurt a. M., 2. Sept.** Gestern gegen Mitternacht ereignete sich auf der Johannisstraße ein furchtbarer Unglücksfall. Der Schreiner W. Kohl fuhr mit seinem Motorrad, auf dessen Sozius eine gewisser Risselbach saß, aus noch nicht geklärter Ursache mit voller Wucht gegen einen Druckwagen, wobei die Deckscheibe völlig durchbohrte und auch dem hinter ihm stehenden Risselbach in den Leib drang. Die Verletzungen der beiden sind so schwer, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften.

Der Tote auf der Bahnstrecke Bad Homburg-Oberursel.

— **Frankfurt a. M., 2. Sept.** Zu dem Reigen und auf der Strecke Bad Homburg-Oberursel erfahren wir, daß es sich um den 41 Jahre alten Kaufmann Willi Brauseid aus Frankfurt a. M. handelt. Er war bei einer Frankfurter Parteizeitung angestellt. Montagabend war er nicht zu seiner Familie zurückgekehrt und man glaubte, daß er für die Partei dienstlich tätig sei, bis er Dienstag aufgefunden wurde. Der Selbstmord soll in einem Anfall nervöser Überreizung ausgeführt worden sein.

Der ehemalige hessische Minister von Ewald gestorben.

— **Darmstadt, 2. Sept.** Nach längerem Kranksein ist heute der frühere großherzoglich hessische Staatsminister Eggelsen Dr. h. c. Christian Wilhelm Karl von Ewald im 81. Lebensjahre gestorben. Von Ewald war der letzte Staats- und Justizminister und Bevollmächtigte der großherzoglich hessi-

schen Regierung. Er wurde am 18. Juni 1852 in Rehbach bei Erbach i. O. als Sohn des Oekonomierats Ewald geboren. Er studierte in Leipzig, Göttingen und Gießen, wo er die Staatsexamen ablegte. 1896 wurde er Reichsgerichtsrat in Leipzig, wurde 1905 als hessischer Justizminister nach Darmstadt berufen und 1906 zum hessischen Staatsminister unter Belassung in der Stelle des Justizministers ernannt. 1912 wurde ihm der erbliche Adel durch Großherzog Ernst Ludwig von Hessen verliehen. Die Entlassung findet am Montag, 5. September, auf dem Waldfriedhof in Darmstadt statt.

Zweites Todesopfer eines Liebesdramas.

— **Wetzlar, 2. Sept.** Hermann Dört von Eppstein, der im Weihenheimer Wald seine Braut erschog und sich furchtbare Schnittwunden beibrachte, ist im Krankenhaus Ludwigshafen inzwischen gestorben.

— **Gießen, 1. Sept.** An der Hessischen Landesuniversität Gießen fand heute der alljährliche Wechsel im Rektorat statt. Neuer Direktor ist der Direktor der Universitäts-Augenklinik Professor Dr. med. Jek.

— **Nidba, 1. Sept.** In einer hiesigen Möbelfabrik, die größere Aufträge für die Radiobranche auszuführen hat, brach Feuer aus, das zunächst den Lagerraum für Lacke vernichtete. Ferner wurde ein großer Teil der Radiokisten ein Raub der Flammen. Das Feuer griff außerdem auch auf die Lagerräume für Fertigmodelle über, von denen ein großer Teil der Vernichtung anheimfiel. Nach zweieinhalbständiger angekränkter Tätigkeit gelang es den Wehren, das Feuer auf einen kleinen Teil der Fabrik zu beschränken.

Wiesbaden und der Globus.

Geographische Überraschungen.

Verteilungsspiel auf dem Ozean. — Wiesbaden und die Weltzeit. — Der 30. Februar. — Vom Nord zum Südpol über Wiesbaden. — Neufundland — Wiesbaden — Sibirien. — Wiesbadens Antipoden.

Wer sich im 18. Jahrhundert zu den Gebildeten gezählt wissen wollte, der mußte genau angeben können, unter welchem Längen- und Breitengrad das Rathaus seiner Vaterstadt liegt. Fragen Sie heute einmal einen Wiesbadener, er wird kaum antworten können, unter welchem Grade seine Vaterstadt liegt. Die wenigsten wissen mit diesem „Spinnennetz“, das unseren Globus umspannt, etwas anzufangen. Und doch birgt diese Gradeinteilung so manches Interessante und Überraschende, ganz abgesehen davon, daß wir durch diese nicht nur die geographische Lage eines jeden Ortes, sondern auch eines jeden Punktes zu Wasser oder zu Lande beinahe „hundertprozentig“ angeben können.

Diese kleine Behauptung wird durch das folgende Experiment bewiesen: Man verleihe irgendwo weit draußen auf dem Ozean eine Metalltafel. Der geographische Ort der Verfertigung wurde bei Beginn der Operation auf genaueste festgestellt. Das Schiff kehrte nach der Verfertigung in den Heimathafen zurück, fuhr nach Monaten wieder hinaus — man fand die Tafel im Ozean wieder. Sie konnte sich nicht verbergen, obwohl ihr Steadbrief nur zwei besondere Kennzeichen enthielt, den Längen- und den Breitengrad.

Die Längengrade (Meridiane) spielen aber auch bei der Zeitkontrolle eine unentbehrliche Rolle. Es ist ja bekannt, daß durch die Umdehnung der Erde jeder der 360 Meridiane eine andere Zeit haben muß. Da diese Umdehnung 24 Stunden dauert, beträgt der Ortszeitunterschied von Meridian zu Meridian — das ist in Deutschland eine durchschnittliche Entfernung von 72 Kilometer — $\frac{1}{15}$ oder $\frac{1}{12}$ Stunde oder 4 Minuten.

Wenn also in Wiesbaden 12 Uhr ist, das heißt, wenn die Sonne ihren höchsten Stand erreicht hat und sich gerade in der Meridianebene von Wiesbaden befindet, dann ist es in Gumbinnen in Ostpreußen, das 14 Meridiane weiter östlich liegt, schon vor 14 mal 4 gleich 56 Minuten Mittag gewesen. Daraus ergibt sich auch die eigenartige und wenig beachtete Tatsache, daß es in Wiesbaden noch taghell ist, wenn man in Gumbinnen schon fast eine Stunde lang die Abendbeleuchtung eingeschaltet hat.

Um nicht nur für die einzelnen Länder, sondern auch für die ganze Erde eine für das moderne Wirtschaftsleben und den Verkehr erforderliche geregelte Zeit zu schaffen, hat man durch internationale Vereinbarung 1889 die Zonezeit und 1925 die Weltzeit eingeführt. Wenn es nach dieser modernen Zeiteinteilung, die in durchschnittlichen Abständen von 15 Meridianen geregelt ist, zum Beispiel in Wiesbaden 12 Uhr ist, dann würden die Zeiger der Moskauer Uhren auf 13, der Londoner auf 11, der New Yorker auf 8 und der Uhren in Tokio auf 20 Uhr zeigen.

Von diesen eigenartigen Zeitunterschieden können wir uns übrigens im heutigen Zeitalter der drahtlosen Telephonie und des Radios selbst überzeugen. Wir können heute mit anderen Erdteilen drahtlos telefonieren und wir hören ja auch die Vortragsübertragungen aus Amerika in den frühen Morgenstunden, die dort bereits um 10 Uhr abends stattfinden.

So kam es auch, daß bei der Artifizialität des „Graf Zeppelin“ die Zeit „total verrückt“ geworden war. Die große Uhr im Salon des Luftschiffes war nach mitteleuropäischer Zeit eingestellt. Die Navigationsleitung, 10 Meter weiter vorn, benutzte Greenwichzeit, hinkte dem Salon also um eine Stunde nach. Die Russen an Bord hatten auf ihren Taschenuhren wiederum Leningrader Zeit, waren also zwei Stunden voran.

Wenn uns je 15 Längengrade nach Osten eine Stunde zu rückt und nach Westen eine Stunde vor bringen, dann muß auf der entgegengesetzten Seite unseres Globus ein Zeitsprung von 24 Stunden stattfinden, was ja auch die Flüge um die Erde erneut sinnfällig gemacht haben.

Gemäß einer internationalen Festsetzung läßt man diesen Datumspprung stattfinden auf dem Gegenmeridian von Greenwich, also dem 180. Grad, der fast nur durchs Meer läuft. Passiert ein Schiff zu Wasser oder in der Luft diese Datumsgrenze von Ost nach West, so läßt man einen Tag ausfallen, zählt also gleich das übernächste Datum. Fährt es in der umgekehrten Richtung über diese Grenze, so wird der betreffende Tag doppelt gezählt, beziehungsweise am Monatsende ein Tag zugezählt. So kann es kommen, daß man gar nicht oder zwei Tage hintereinander Geburtstag feiern kann. In einem Schiffsjahr kann es sogar vorkommen, daß die Speisefarte eines Ozeandampfers, der auf einer Weltreise die Datumsgrenze von West nach Ost passiert, das Datum des 30. Februar trägt. Derartige Speisefarten werden von den Reisenden als ganz besondere Kuriosität aufbewahrt. Im Schiffsdienst wird dieses Datum allerdings vorzugsweise mit 29. Februar/2 bezeichnet. Auf den Passagierdampfern werden beim Überfahren der Datumsgrenze Schilder ausgehängt: Morgen ist nochmals Freitag, 28. August, oder: Morgen ist Sonntag, 28. August.

Als der englische König anlässlich der Flottentkonferenz in London am 21. Januar 11 Uhr die Eröffnungsrede hielt, passierte ein englischer Schiffschiff, dessen Schiff sich auf einer Reise von Amerika nach Australien befand, daß er durch Rundfunkübertragung den Anfang der Königsrede schon einen Tag vorher, nämlich am 20. Januar abends, und den Schluß am 22. Januar morgens hörte. Man mußte beim Überfahren des 180. Längengrades einen Tag überschlagen.

Wenn nun auch die Einteilung der Erdoberfläche in Längen- und Breitengrade eine von der politischen Landkarte unabhängige Ordnung gebracht hat, so bringt sie doch auch manche Überraschungen. Man kann in den verschiedenen Ländern ziemlich genau beiseide wissen, ohne in dessen ein Bild ihrer Einteilung zu eben diesen Längen- und Breitengraden im Kopfe zu haben.

Man rechnet zum Beispiel San Francisco viel weiter nördlich und hat kaum eine Ahnung, daß diese Stadt auf dem gleichen Breitengrade wie die Nordküste Afrikas liegt. Man hat selten beobachtet, daß New York noch südlicher liegt als Neapel, daß das sonnige Florenz und das kalte Wladivostok auf dem gleichen Breitengrade liegen. Es erscheint uns unwahrscheinlich, daß Berlin erheblich nördlicher liegt als London, und daß die beiden Hauptstädte Schwedens und Norwegens auf dem gleichen Breitengrade liegen wie die Südküste Grönlands. Wussten Sie übrigens schon, daß unter jähnes Wiesbaden ebenso nahe am Nordpol liegt wie die durch die letzten Weltkriege als Etappenstation bekanntgewordene sibirische Etappenstation mit dem schönen Namen Blagowestschensk?

Zuallererst interessant dürfte es sein, wenn wir diesen Gradmesser unserem Wiesbaden anlegen. Es treten da manche Überraschungen auf.

Unser Meridian läuft vom Nordpol durch das Nordische Eismeer in den Atlantischen Ozean. Er durchschneidet das westliche Norwegen bei der Insel Hitteren, läuft über den höchsten Berg dieses Landes, den Gitterind, durch den

Stag, etc., über die Westküste der dänischen Halbinsel Jütland, durch die Nordsee, die Helgoländer Bucht, den Jadebusen, Oldenburg, den Teutoburger Wald, die Möhne-Talperre, Wiesbaden, Mainz, Bad Dürkheim, Rastatt in Baden, Baden-Baden, Baden in der Schweiz, Sempach, den Pilatus, den Sarner See, das Schreckhorn nach Italien. Hier berührt er die Städte Santhia, Asti und mündet östlich der Küstenstadt Imperia in das Ligurische Meer, durchschneidet die Westküste Sardiniens und läuft durch das Mitteländische Meer nach Afrika. Der Meridian passiert dann Algerien, die Westgrenze von Tunis, die Wüste Sahara, Nigeria und mündet etwa bei der Kameruner Grenze abermals in den Atlantischen Ozean und verläuft sich durch das Südliche Eismeer zum Südpol.

Steigen wir nun in ein Luftschiff und verfolgen unseren Breitengrad, dann würden wir von Westen nach Osten gerechnet folgendes zu sehen bekommen. Frankfurt a. M., Hanau, den Staffelsheim, Kumbach, den Schneeburg im Rittelgebirge, Eger und Prag, Ratibor, die polnischen Städte Krasau, Jaroslaw und Brodzy, Charkow in der Ukraine, das russische Steppeland, die Wolgadeutschen-Republik, dann kommt die Kirgisensteppe des asiatischen Rußlands — die jetzige Kasaken-Republik —, die nördliche Mongolei, die sibirische Stadt Ufa, der Nordzipfel der Mandschurei, Blagowestschensk in Sibirien, der Tartarische

Golf, die Insel Sachalin, das Ochotskische Meer, die zu der Kurilengruppe gehörende japanische Insel Paramuhir. Wir passieren nun die Wasserwüste des Stillen Ozeans, wo wir bei den Aleuteninseln, die zu Alaska gehören, unseren Kalender um einen Tag zurückstellen. Von Amerika sehen wir Süd-Kanada. Wir überfliegen den Viktoriaberg im Norden der Vancouver-Insel, die gewaltigen Bergriesen der Rocky Mountains, die Stadt Winnipeg, den Ripigonee, das südliche Gebiet der Halbinsel Labrador, das Kap Whittle, den Blue Mont (Blauer Berg) im Norden der Insel Neufundland und verlassen Amerika bei der White (Weißen) Bucht, um den Atlantischen Ozean mit der Richtung auf die äußerste Südspitze Englands bei Falmouth, fliegen über den Kanal, die französischen Städte Abbeville und Le Chateau, das südliche Belgien und das nördliche Luxemburg und kommen über Caub am Rhein nach Wiesbaden zurück.

Ganz erheblich uninteressanter wäre ein Rundflug um die Erde, wenn wir den gleichen Breitengrad, jedoch südlich vom Äquator als Richtlinie benutzten. Rings um die Erde herum würden wir Wasser und immer nur Wasser zu sehen bekommen, allerdings mit wenigen Ausnahmen. Im Indischen Ozean passieren wir die Südküste der Kerguelen-Insel, die Heimat der Pinguine, See-Elefanten und See-Leoparden. Eine andere Ausnahme ist die 62 Quadratkilometer große Inselgruppe der Antipoden im Stillen Ozean. Dieses kleine Eiland könnte, wenigstens was die geographische Breitenlage anbetrifft, die Antipoden oder Gegenfüßler Wiesbadens beherbergen, wenn es bewohnt wäre. Und schließlich passieren wir noch die Südspitze Amerikas. Von der schwachen Bevölkerung des südlichen Patagoniens hat hier die Hafenstadt Santa Cruz die geographische Eigenschaft, genau so weit südlich vom Äquator entfernt zu liegen, wie Wiesbaden nördlich.

Der Sport des Sonntags.

Fußball.

Süddeutsche Bezirksliga.

Der morgige Sonntag steht im Zeichen zahlreicher aufschlußreicher Begegnungen, deren Ausgang zweifellos die Situation in den einzelnen Gruppen stark beeinflussen wird. In Nordbayerern steigt u. a. der Nürnberger Lokaltampf 1. FK. — WSV. Südthüringen läßt 1860 gegen Wader München und FB. 1894 um gegen Jahn Regensburg aufmarschieren, derweilen sich „Bayer“ mit dem Ortsgegner Teutonia München auseinandersetzt. Württemberg hat die vorentscheidenden Partien SV. Feuerbach — Sportfreunde Eslingen, Riders — VfB. Stuttgart und Union Bödingen — 1. FK. Wurzheim auf dem Programm stehen, und Baden weist auf den Führungstempel VfB. — FK. Karlsruhe hin. Am Rhein sucht VfB. Mannheim im Kampf mit dem VfL. Neckarau Anschluss nach vorne, während sich in der Gruppe Saar FK. Birmales und FK. Saarbrücken um die Hegemonie streiten, und der 1. FK. Kaiserslautern seine Führung in Saarbrücken im Treffen gegen den SV. zu behaupten sucht.

Gruppe Hessen.

Tag der Lokaltreffen!

Worms: Wormatia — Alemannia/Olympia!
Mainz: FSV. 1905 — FSV. Kastell
Langen: FK. — SV. Wiesbaden.
Lorsch: Olympia — FSV. 1903 Rombach.
Urberach: Viktoria — VfB. Urberach.

Den heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Meisterkandidaten, die im Kampf um die Führung vor acht Tagen getrennt wurden, schließt sich effektiv der „Tag der Lokaltreffen“ an. Was das Wormser Derby für kämpferische Ausmaße nehmen wird, davon erhielten die Sportplatzbesucher der Frankfurter Straße vor acht Tagen eine gelinde Ahnung. Es wird ein Zusammenprall auf Blögen und Brechen. Wormatia hat die große Chance, der großen Routine und Intelligenz seines tantmässig dahervordringenden Quintetts zum Siege zu verhelfen. Alemannia hat diesmal wirklich alles zu gewinnen. Ähnlich sind die Verhältnisse in Mainz gelagert, wo die FSVg. Kastell zum erstenmal den groß angelegten Versuch zur Durchführung reifen lassen will, dem Hellenmeister das bessere Feld abzugewinnen. Schuster an Schuster liegen die beiden Rivalen im Rennen! Nur der Besitz der wertvollen Punkte entscheidet. Im Kampflärm dieser „Fußballschlachten“ treten die Kampfhandlungen im übrigen Hessen an Bedeutung weit zurück. Sie wideln sich im Schatten der Mainz-Wormser Ereignisse ab. Mühlheim ringt der SV. Wiesbaden auf weit abgelegenen Feldern um den Anschluss nach vorne. Seine schlechte Ausgangsposition, seine stumpfe Angriffswaffe lassen ihn für das Langener Unternehmen nicht als die geeignete Einheit erscheinen, aber das Treffen ist fällig und es muß alles auf eine Karte gesetzt werden, um sich durch, wenn auch nur bruchstückartig zulaufenden Terraingewinn langsam nach dem ersehnten Mittelstadium vorzuarbeiten. Bittere Stunden eines ehemals weit und breit dominierenden Vereins, der angesichts der letzten Tabellenplätze einen verzweifeltsten Kampf um kein Vorwärtstommen austrägt. Auch in Lorsch und Urberach sind Vorentscheidungen fällig, denn liegen abermals die Reulinge, ist für die punktlos gebliebenen Unterlegenen zunächst nichts mehr zu holen. Aus diesem Grunde stehen sehr hartnäckige Gefechte in Aussicht.

Am Main haben Eintracht Frankfurt bzw. Riders Offenbach in Biebrich bzw. Neu-Heuburg ernsthafte Kämpfe zu überstehen, Union Riederrad und FSV. Frankfurt dürften ziemlich sicher gegen Sportfreunde Frankfurt bzw. Hanau 93 das bessere Ende für sich behalten und aufholen. Rot-Weiß Frankfurt tritt in Friedberg an.

Reich: Mit dem Städtekampf Berlin — Hamburg nehmen die zugkräftigen Repräsentativspiele wieder ihren Anfang.

Kreis Wiesbaden:

SV. 1910 Dohheim — SK. Opel Rüsselsheim (1); FSV. 1902 Biebrich — FK. Geisenheim; SV. Rostheim — FSV. 1908 Schierstein; SpVgg. Rannheim — SpVgg. Dohheim.

Im Mittelpunkt der morgigen Ereignisse steht die Gastspielrolle, die der Kreismeister Opel Rüsselsheim in Wiesbaden gibt. Der SV. 1910 Dohheim verbindet mit dem Erscheinen der hier wohl bekannten Opelmansschaft das Einweihungsfeiern seiner neuen Sportplatzanlage an der Schiersteiner Straße, wo der wichtige Punktekampf um 3 Uhr seinen Anfang nimmt. Die Partie dürfte sich zu einer hochspannenden Angelegenheit entwickeln, denn für beide Vereine steht viel auf dem Spiel.

Die Rüsselsheimer verteidigen ihre Führung, die Dohheimer wollen die tabellarische Rangfolge zum Einsturz bringen und selbst in das Mittelfeld eindringen. Hossentlich geht wenigstens ein Teil der Hoffnungen des SV. 1910 in Erfüllung! (Am Tage der Sportplatzweihung finden noch folgende Spiele an der Schiersteiner Straße statt: vorm. 8.30 Uhr: SV. Dohheim (2. M.) — Riders (2. M.); 10.15 Uhr: SV. Dohheims Schüler — Post-SV. Schüler; 11.30 Uhr: SV. Dohheims Jugend — FK. 1902 Biebrichs Jugend; 12.45 Uhr: SV. Dohheims Reserve — FK. 1902 Biebrichs Reserve. Abends ab 8 Uhr finden sich die Angehörigen und Freunde des Vereins im Saalbau „Rebentopf“ zu einem Festball zusammen.) Dem FK. 1902 Biebrich fällt die schwere Aufgabe zu, zu Hause (um 10.45 Uhr auf dem Dohderhofplatz) die spielstarke Elf des FK. Geisenheim zu bezwingen. Diese Aufgabe ist zu erfüllen, steht aber teilslosen Einsatz des gesamten Könnens und starken Willens voraus. Weniger gute Chancen kann man dem FSV. 1908 Schierstein in Rostheim zubilligen, da sich die Platzelf zur Zeit in ausnehmend guter Form befindet. SpVgg. Hockheim fährt nicht ohne Chancen nach Rannheim. SV. Winkeln gewinnt kampflos die Punkte vom SV. Friedberg.

A-Klasse, Gruppe Wiesbaden:

SV. Erbenheim — FK. Nauod; Borussia Kastell — SV. Giesheim; Germania Gustansburg — SpVgg. Wiesbaden; VfB. Rüsselsheim — FK. Sonnenberg-Rambach.

In die Gruppe wurde ein neuer Verein, VfB. Rüsselsheim, aufgenommen. Letzterer hat Spieler vom SK. Opel erhalten, verlor aber bereits sein erstes Verbandsspiel in Giesheim mit 3:7. Morgen empfängt er den FK. Sonnenberg-Rambach, der die Gelegenheit zur Bereinigung des Punkteloses nicht außer acht lassen sollte. SV. Erbenheim wird sich aller Voraussicht nach seinen Siegeslauf auch nicht von dem Reuling FK. Nauod unterbrechen lassen, und Borussia Kastell darf man im Treffen gegen SV. Giesheim als Favorit bezeichnen. Auch die Spielvereinigung möchte sich bei vollem Einsatz in Gustansburg durchsetzen können.

Abteilung B: Post-SV. Wiesbaden — SK. Rannheim; SV. Wehen — Riders Wiesbaden; SV. Born — SV. 1919 Biebrich; Polizei-SV. Wiesbaden — SV. Bad Schwalbach.

Wieder einmal ist ein Lokaltreffen fällig, in dem der SK. Rannheim gegen den noch nicht genügend routinisierten Post-SV. den Sieg erringen möchte. Allerdings wird sich die weniger gut eingetaktete Elf gehörig zur Wehr setzen, so daß die Sportklubleute aus keinen Fall die Partie leicht nehmen sollten. Anstoß um 10.30 Uhr an der Gersdorffstr. (Tribünenstraße). Um 3 Uhr nachmittags empfängt die Polizei den SV. Bad Schwalbach auf dem Platz der Polizei (Polizeiunterkunft). Die Gäste werden zweifellos eine gute Portion Siegeswillen und Kampfkraft mitbringen und werden auf diese Weise den Einheimischen sehr gefährlich werden. Wir sind gespannt, wie sich der Platzverein aus der Affäre ziehen wird. Riders und SV. 1919 Biebrich sind in Front zu erwarten, erstere allerdings erst nach Kampf.

Untere Mannschaften (Abteilung A): SV. Dohheim (3. M.) — Riders (2. M.), siehe Kreis Wiesbaden; SK. Rannheim (2. M.) — FSV. 1908 Schierstein (3. M.); Sonnenberg-Rambach (2. M.) — FK. 1902 Biebrich (3. M.); SV. 1919 Biebrich (2. M.) — Reichsbahn-TSC. (2. M.); Abteilung B: SV. Wiesbaden (3. M.) — SK. Dohheim (3. M.), 3 Uhr Frankfurter Straße; SV. Erbenheim (2. M.) — FSV. 1908 Schierstein (2. M.); SV. Dohheim (2. M.) — FK. 1902 Biebrich (2. M.), siehe Kreis Wiesbaden; FK. Sonnenberg-Rambach (3. M.) — SpVgg. Wiesbaden (3. M.).

Wiesbadener Jugend.

Der Post-SV. führt heute Samstag an der Gersdorffstraße (Tribünenstraße) ein Schülerturnier gegen den SV. Wiesbaden aus, und zwar spielen die 2. Schüler um 5 Uhr, die 1. Schüler um 8 Uhr. Sportvereins Jugend tritt am Sonntag in Biebrich gegen SV. 1919 (Jugend) an, während die 2. Jugend nachmittags um 1 Uhr an der Frankfurter Straße gegen SpVgg. Jugend spielt — Am Montag findet auf dem gleichen Platz ein Abgangstreffen der 3. und 4. SVV-Schüler statt.

Handball D. T.

Wegen des Porelei-Bergfestes fallen im 1. Bezirk der 3. Gaugruppe Rhein-Main sämtliche Vorrundspiele aus. Heute Samstag führt die 1. Handballsektion der Eintracht Wiesbaden in Erbenheim gegen den dortigen T. ein Wettspiel durch. Anstoß um 6.15 Uhr.

Handball D. S. V.

Süddeutschland und Mitteldeutschland

begegnen sich in Darmstadt in einem Freundschaftstreffen, wobei sich Süddeutschland auf die am Mittwochabend dort in einem Probeispiel ermittelte Elf stützt, die vorwiegend aus Spielern der Darmstädter Spitzengruppe besteht.

In der süddeutschen Bezirksliga

greift jetzt auch die Gruppe Württemberg in den Kampf ein. Den ersten Gang bestreiten: Tu. Wangen — Polizei Stuttgart; Td. Sindelfingen — KSV. Jüdingenhausen und SV. Reutlingen — TSVgg. Fellbach. Die Folge steht ganz im Zeichen lokaler Kämpfe. In Kaiserslautern spielt Pfalz gegen VfL und 1. FK. gegen Reichsbahn, in St. Ingbert Ingobertia gegen Vittoria. In der Saar führen Saarlouis-Roden — SpVgg. Merzig, Post Trier — SV. Saarlouis und SpVgg. Bous — Sportfreunde Saarbrücken die Runde weiter. Am Main treten die Frankfurter Vereine zum größten Teil auswärts an. Post besucht TSV. Langen, Rot-Weiß muß zu VfL. Schwanheim und Polizei fährt zur TSG. Höchst; nur Eintracht spielt zu Hause gegen VfL. Sachsenhausen. In Hessen kämpfen in Worms Polizei gegen Rot-Weiß Darmstadt und Wormatia gegen Tu. Rönigstädten. TSV. Braunschweig erwartet SpVgg. Arheilgen.

Gruppe Südrhein:

Sportverein Wiesbaden — Polizei-SV. Wiesbaden.
Post-SV. Wiesbaden — TSV. 1905 Mainz.
SV. 1919 Biebrich — Haffia Bingen.
Eintracht Kreuznach — Siegfried Wiesbaden.

Von diesen Gefechten sind mindestens zwei dazu geeignet, wieder etwas Bewegung in die Tabelle zu bringen. Sportvereins Sieg gegen Polizei (um 10.30 Uhr auf dem Reichsbahnplatz) erscheint trotz der großen Enttäuschung, die die Meisterei ihren Anhängern am vorigen Sonntag bereitet hat, sicher, denn die Polizisten kommen infolge dienstlicher Inanspruchnahme und Erkrankungen wertvoller Kräfte mit Thierolf; Schall, Karl; Stritter, Reib, Wahn; Beutel, Böckler, Kindsvogel, Bonn und Schenl offenbar nicht stark genug, um Sportverein mit Mund; Kromer, Rieg, Müller, Dielmann, Bader; Gäng, Collenbusch, Kern, Hauser und Schlesiens auf die Dauer widerstehen zu können. Noch weniger ist an einem glatten Erfolg der Ringer gegen die Biebricher zu zweifeln (3 Uhr, Daderhoffplatz), die sich in der Liga bis jetzt noch nicht ordentlich zu rechtgefunden haben und nun auch noch durch Sperrungen

geschwächt sind. Größere Zurückhaltung in der Voraussage verlangt schon der Kampf Post gegen Mainz. Gewiß hat sich Post bisher glänzend geschlagen. Aber gegen die Mainzer in bester Befehung? Vielleicht kommen sie wieder mit zahlreichem Ersatz? Dann wird es glücken. Gewagt erscheint es auch, Siegfried günstige Chancen in Kreuznach einzuräumen; wir vermuten vielmehr, daß das Hindernis an der Nahe nach der Vereinigung nicht mehr so ohne weiteres zu nehmen ist.

Kreis Wiesbaden:

Hakoah Wiesbaden — TSV. Kaunheim.
SV. Ginsheim — Kanufreunde Biebrich.

Verbandsspielbeginn in der A-Klasse. Hakoah hat um 11 Uhr auf dem Platz an der Nikolasstraße gleich einen der stärksten Gegner zu Gast, so daß diese Kraftprobe schon Schlüsse darüber zuläßt, ob ihr der Aufstieg zur ersten Klasse sofort wieder gelingen wird. Eine nicht gerade leichte, aber doch auch nicht aussichtslose Partie haben die Biebricher Kanufreunde in Ginsheim vor.

In der Sonderklasse spielen: SV. 1919 Biebrich (2. M.) — Post-SV. Wiesbaden (2. M.), 1.45 Uhr, Daderhoffplatz; Siegfried Wiesbaden (2. M.) — Kanufreunde Biebrich (2. M.), 9 Uhr, Nikolasstraße; und Sportverein Wiesbaden (3. M.) — TSV. Kaunheim (2. M.), 4.30 Uhr, Frankfurter Straße.

Leicht-Athletik.

Um die süddeutsche Vereins-Jugendmeisterschaft bewerben sich die Wiesbadener Vereine am Sonntag von 9 Uhr an auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße. Die Prüfung erstreckt sich auf einen Siebenkampf, bestehend aus 100- und 1000-Meter-Lauf, Weitsprung, Hochsprung, Kugelstoß, Schlagballweitwurf und 4×100-Mtr.-Staffel. Gewertet wird die Durchschnittsleistung einer bestimmten Teilnehmerzahl, die, je nach der Klassenzugehörigkeit der betreffenden Vereine, verschieden ist. Die Leistungen können auch für die Erwerbung des Reichsjugendabzeichens angerechnet werden. Die ursprünglich für den gleichen Tag vorgesehenen Zehn-kämpfe für Männer und Jugendliche, sowie die Fünfkämpfe für Frauen, wurden auf den 17. und 18. September verschoben.

Erst Schmettel von der J.G. Sportverein-Schwimmklub startet am Sonntag bei den internationalen Wettkämpfen in Straßburg im Hürdenlauf über 110 und 400 Meter.

Neues aus aller Welt.

Mehr als 2 Milliarden Menschen auf der Erde.

Die Angaben des „Statistischen Jahrbuches des Völkerbundes“. — Völker, die zunehmen und abnehmen. — Die Bevölkerungsdichte in den einzelnen Erdteilen.

Die Bevölkerungszahl der Erde hat zum ersten Male 2 Milliarden überschritten, denn sie beträgt nach dem neuesten „Statistischen Jahrbuch des Völkerbundes“ rund 2 Milliarden und 10 Millionen Menschen. Der Völkerbund verfügt über die umfangreichsten Mittel, die Bevölkerungsziffern in den einzelnen Ländern festzustellen, so daß seine Angaben im großen und ganzen den wirklichen Verhältnissen entsprechen dürften, wenn auch die Erhebungen in zahlreichen großen Gebieten Afrikas und Asiens, ja sogar Amerikas nicht Anspruch auf wissenschaftliche Genauigkeit und Exaktheit erheben können. Irrtümer, die in die Hunderttausende gehen, sind nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich. Trotzdem sind die Zahlen, die das „Statistische Jahrbuch des Völkerbundes“ mitteilt, von größtem Interesse, da man daraus wichtige Unterlagen für die Beurteilung der demographischen und bevölkerungswirtschaftlichen Verhältnisse auf der Erde gewinnen kann. Der vollstreckte Erdteil mit ungefähr 1100 Millionen Menschen ist Asien. Europa hat kaum die Hälfte soviel Bewohner. Die geringste Anzahl von Einwohnern hat Australien mit 10 Millionen aufzuweisen. Amerika hat ungefähr 1/4 Milliarde Menschen, von denen mehr als die Hälfte in Nordamerika wohnen. Die Bevölkerungsziffern, die von Afrika genannt werden, sind außerordentlich vorsichtig zu benutzen. Hier entzieht sich ein großer Teil der Bewohner der statistischen Erfassung, und darum muß die Zahl von 142 Millionen Menschen tatsächlich wohl viel höher angenommen werden. Bei den primitivsten Zuständen, die in den riesigen Gebieten herrschen, sind genaue Zahlen, ja annähernde Zahlen kaum zu ermitteln. Zahlreiche Völker haben, wie aus den Vergleichszahlen mit früheren Jahren hervorgeht, erheblichen Zuwachs erfahren wie zum Beispiel Rußland, Polen und Spanien. In Japan Frankreich hat eine Vermehrung von 600 000 Menschen zu verzeichnen. Deutschland und England sind auf ihrem Bevölkerungsstand stehen geblieben. Die Bevölkerung von Schottland und Irland hat abgenommen. Die größte Bevölkerungsdichte hat Europa aufzuweisen. Hier wohnen auf 1 Quadratkilometer 44,2 Menschen. Diese Zahl ist gegenüber der Bevölkerungsdichte in Deutschland noch sehr gering, denn bei uns in Deutschland ist sie mehr als dreimal so groß. Deutschland ist wirklich ein Volk ohne Raum. Andere Erdteile haben noch geringere Bevölkerungsdichten als Europa. In Asien kommen auf 1 Quadratkilometer nur 26,3 Personen, in Amerika nur 6,2, in Afrika 4,7 und in Australien gar nur 1,2. Allerdings darf man nicht übersehen, daß ein großer Teil von Australien unfruchtbar ist und für Siedlungszwecke keine Möglichkeiten bietet. Aber die anderen Erdteile, besonders Amerika, gestatten noch umfangreiche Befiedelungen, so daß einstweilen noch nicht davon gesprochen werden kann, daß der Platz auf der Erde nicht ausreicht. Die Statistik der Bevölkerungszunahme ist auch darum in wirtschaftspolitischer Hinsicht von Bedeutung. Es hat sich gezeigt, daß der Zuwachs an Menschen nur in sehr geringem Maße fortschreitet. Wenn auch die letzte große Weltstatistik, die vor 10 Jahren durchgeführt wurde, nur 1500 Millionen Menschen festgelegt hat, so ist in diesen 10 Jahren nicht mit einem Zuwachs von 5 Millionen Menschen zu rechnen, sondern nur mit einer besseren Erfassung der Bevölkerungen in den einzelnen Erdteilen. Mit einer Überbevölkerung der Erde ist noch lange nicht zu rechnen, denn erstens gibt es noch für 2 bis 3 Milliarden Menschen Raum auf unserem Planeten, und zweitens scheint es, als ob der Bevölkerungszuwachs, der in zahlreichen Ländern Europas, Amerikas und Asiens festgestellt ist, geringer wird, während schon heute mehrere Völker nicht eine Zunahme, sondern eine Abnahme der Bevölkerung aufzuweisen haben.

Die deutsche Himalaya-Expedition.

Vor der Besteigung des Kanga-Parbat.

Entgegen Gerüchten über eine angebliche Umkehr der deutschen Himalaya-Expedition wird aus Aitornia Rajah mit folgendem gemeldet:

Infolge der unerwarteten und anhaltenden Schlechtereisepetode waren sämtliche Teilnehmer der Himalaya-Expedition 20 Tage im Lager festgehalten worden. Während dieser Zeit wurde bei kurzem Ausflügen von Merkl, Wiekner und Herron die zweite Besteigung des Chongra Peaks (6400 Meter) durchgeführt. Leider mußten drei Teilnehmer wegen Erkrankungen und zwei weitere wegen Abbaus der verfügbaren Urlaubszeit aussteigen und die Heimreise antreten. Nach Wiederherstellung der Schönmeterlage stiegen die restlichen Teilnehmer am 21. August zum Hauptlager ab, um dort Vorbereitungen zum Endangriff auf den Kanga-Parbat zu treffen. Herron, Merkl und Wiekner hoffen, mit zehn guten Kulis von dem bereits in 7000 Meter Höhe eingerichteten Lager 7 erfolgreich zum Gipfel vorstößen zu können.

Kreuzerstand und kein Ende.

Die Holzschleiferei Högbrosorsens Industrie-AG., auf die der Bruder Boar Kreuzers, der Generalkonsul Torsten Kreuzer, maßgebenden Einfluss gehabt hat, ist, wie aus Kopien gemeldet wird, seit einigen Tagen Gegenstand eingehender Recherchen der Kriminalpolizei. Laut Alleanza hat die Polizei entscheidende Entdeckungen in den Geschäftsbüchern gemacht, so daß Strafanzüge gegen die Beteiligten zu erwarten sein dürfte. Die Geschäfte wurden ausnahmslos im Büro des Generalkonsuls Torsten Kreuzer geführt, während als Revisoren zwei Direktor Boar Kreuzers fungierten. Die genannte Gesellschaft, die mit einem Aktienkapital von 4 1/2 Millionen Kronen ausgestattet war, hat vor kurzem Konkurs angemeldet.

Mobile baut Sowjet-Luftschiffe.

Eine wenig glückliche Probefahrt.

Der italienische Nordpolforscher Umberto Robile, dessen Name durch den tragisch verunglückten Polflug in aller Welt bekannt geworden ist, betätigt sich seit einiger Zeit als Leiter der Konstruktions- und Bauabteilung des Sowjetrussischen Flugzeugwesens. In dieser Eigenschaft hat er jetzt sein erstes Luftschiff fertiggestellt, an dessen Probefahrt Robile ebenfalls teilgenommen hat. Allerdings ist dieses Luftschiff mit dem deutschen „Graf Zeppelin“ nicht zu vergleichen, denn das russische Luftschiff, das den Namen „Udarnik“ trägt, hat nur einen Rauminhalt von 6500 Kubikmeter, während das deutsche Luftschiff einen Rauminhalt von 105 000 Kubikmeter aufweisen kann. Dementsprechend sind auch die Motorenstärken ganz verschieden, denn das russische Luftschiff besitzt nur zwei Motoren von je 300 PS, während „Graf Zeppelin“ über 2650 PS verfügt. Schon auf seiner ersten Fahrt nach Moskau zeigte sich auch, daß das russische Luftschiff auf eine recht unangenehme Weise von den Windverhältnissen abhängig ist, denn nach vielen Umwegen wurde das Luftschiff über Moskau vom Sturm plötzlich in eine Höhe von 1700 Meter getrieben, und nur mit Mühe gelang eine glatte Landung.

Das Luftschiff „Udarnik“, das ein halbstarzer Typ ist, soll als Schulschiff für die Heranbildung russischer Luftschiffpiloten verwendet werden. Ein zweites Luftschiff von 18 500 Kubikmeter Inhalt befindet sich im Bau. Von diesem Schiff hat Robile die Konstruktionsleitung allein übernommen, während bei dem „Udarnik“ russische Fachleute maßgebend beteiligt waren. Der Bau des neuen halbstarzen Luftschiffes soll bis zum Herbst kommenden Jahres beendet sein. Die Russen planen bis zu diesem Termin eine Luftschifflinie versuchsweise zu organisieren, und zwar



Mit künstlichem Bein von Berlin nach Paris.

Paul Quer, dessen linkes künstliches Bein einem normalen Bein vollkommen nachgebildet ist, verabschiedet sich von einem Schupo am Brandenburger Tor. Paul Quer, ein Berliner, der im Kriege ein Bein verlor, konstruierte sich nach eigener Erfahrung eine Prothese, deren praktische Eigenschaften er durch einen Fußmarsch Berlin-Paris jetzt beweisen will. Quer, der von einer Kontrollkommission begleitet wird, will täglich 25 km zurücklegen und etwa in acht Wochen in Paris ein treffen.

auf der Stede Moskau — Magnitogorsk. Eine besondere Gesellschaft ist zur Förderung des Luftschiffbaues in Rußland gegründet worden, der sich aber zunächst nur auf kleinere Luftschiffe erstrecken kann.

Das Verhör des Vagenmörders. Aus Berlin wird berichtet: Zu den Gerüchten, nach denen der verhaftete Vagenmörder Koll vom Busch für die ungeläutete Bluttat, die am 30. Juni 1930 in Berlin entbeht wurde, in Frage kommen soll, — seinerzeit waren an der Potsdamer und Großbeerendstraße mehrere Bastei gelandet, die die zerstückelte und grauhaft zugerichtete Leiche eines jungen Mannes enthielten, die bis heute noch nicht identifiziert werden konnte — steht jetzt fest, daß Busch für diese Tat nicht verantwortlich ist, da er zu dieser Zeit im Gefängnis eine Strafe verbüßte. Die Frage, ob Busch für den Mord an dem Primaner Daube im Frühjahr 1928 in Frage kommt, ist noch nicht geklärt. Die Mordkommission hat sich gestern an den Tatort begeben, ohne jedoch den Mörder mitzunehmen. An Hand seines Protokolles wurden an Ort und Stelle alle Einzelheiten nachgeprüft. Dabei ergab sich eine große Überraschung. Busch, der angeblich im Blutwusch und seiner Sinne nicht mächtig gehandelt haben will, hat seine Wege so genau beschrieben, daß man zu der Überzeugung gelangt ist, daß Busch die Tat bei klarem Bewußtsein begangen habe.

Dreifacher Mord. In Herbern (Kreis Lüdinghausen) ist der Landwirt Römer, genannt Sudhoff, in der Nacht zusammen mit seiner Frau und einer Hausangestellten von bisher unbekannten Tätern ermordet worden. Offenbar hat an Ort und Stelle ein Kampf stattgefunden. Römer wurde vor seinem Bett, seine Frau auf einer kleinen Porttreppe zu seinem Schlafzimmer und die Hausangestellte ebenfalls in ihrem Bett tot aufgefunden. Die Täter sind nach der Tat anscheinend sofort geflüchtet.

Die Fliegerfamilie Hutchinson noch Grönland unterwegs. Die Fliegerfamilie Hutchinson ist am Freitag von Hopedale auf Labrador nach Godthaab an der Westküste Grönlands gestartet.

Gerichtssaal.

* Rucksalldiebstahl. Bei einem Landwirt in Pterchied fand vor einiger Zeit der aus dem Ruhrgebiet kommende Heinrich Kleinkamp vorübergehend Arbeit und Brot. Nach einiger Zeit griff er wieder zum Wanderstab, lehrte aber eines Abends von Pterchied nach Pterchied zurück. Er nächtigte in der Scheune. Als der Landwirt am nächsten Morgen diese betrat, fand er eine Attentatschasse und deren Inhalt verstreut auf der Tenne liegen. Sofort schöpfte er Verdacht und verständigte den zuständigen Landjäger. Dieser kam, nachdem die Frau des Landwirts festgestellt hatte, daß Kleidungsstücke und eine Uhr aus dem Rucksack verschwunden waren. Bald nahm man Kleinkamp fest und nun stand er, aus der Haft vorgeführt, vor dem hiesigen Schöffengericht, das gegen ihn wegen schweren Diebstahls im Rückfalle auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten erkannte.

* Rottkäuferei. Einem Landwirt in Rodenheim hatte ein Viehhändler in Bodenheim ein ihm als Schlachtpferd verkauft Tier weiterverkauft. Er hatte für das Tier, das ihn 150 Mark gekostet hatte, 615 Mark und das alte Pferd des Käufers verlangt. Bereits nach kurzer Zeit bemerkte der Landwirt den Betrug und erstattete Anzeige. Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 10 Tagen Gefängnis war ein Einspruch eingelegt worden. Der Einzelrichter verurteilte heute den Angeklagten wegen Betrugs zu 1000 M. Geldstrafe.

Der kürzeste Weg zum Erfolg sind Inserate im Wiesbadener Tagblatt

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“.

Verantwortlich für Politik und Handel: S. Kellisch; für Unterhaltung, Stadtnachrichten und den Abgaben Schellert; S. Kellisch; für die Anzeigen und Anzeigen: J. D. O. Kellisch, Antik in Wiesbaden.

Druck und Verlag der L. Schellert'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Entlastung der Wirtschaft. — Optimistische Schwerindustrie. — Die Handelsflotten der Welt. — Benzin-konvention und Benzinpreis. — Russlands Petroleumindustrie.

Wenn von den Lasten der Wirtschaft gesprochen wird, meint man vor allem die Steuer- und Zinslasten. In dem vom Reichsanwalt am letzten Sonntag vorgetragenen Programm spielt die Steuerentlastung eine wichtige Rolle. Das Kapitel der Zinsentlastung wird dagegen nur sehr kurz behandelt. Dies mit Recht, denn das Zinsproblem hat keine zwei Seiten. Man darf nicht nur an den Schuldner denken, sondern muß auch die Lage des Gläubigers berücksichtigen, der nicht stets ein großer Kapitalist, sondern durchweg ein kleiner oder mittlerer Sparer ist. In einem halbjahresbericht der Deutschen Hypothekendarlehnbank wird erklärt, daß trotz der durch die 4. Notverordnung erfolgten Zinsenkung die Zinslasten anwachsen, vor allem auf die Auswirkungen des außerordentlichen Kündigungsrechtes (derselben Notverordnung) und des Sicherungsvorfahrens im Pfandbriefgebiet hin.

Trotz der Verschlechterung des Zinseneinganges ist aber die Behauptung, die Wirtschaft zahle keine Zinsen mehr (die ausschließlich die Verhältnisse im Osten berücksichtigt), handgreiflich übertrieben.

Eine abermalige gesetzliche Zinsenkung für den erstklassigen Hypothekendarlehn sei unbedingt abzulehnen. Ein zweiter Eingriff würde für den Spartrieb verhängnisvolle Folgen zeitigen. Der notwendige Übergang zu niedriger verzinslichen Pfandbriefen kann nur in natürlicher Entwicklung mit Hilfe einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage mit Hilfe niedriger Zinssätze am Geldmarkt und auf der Grundlage wiederhergestellten Vertrauens in verbrieft Rechte ermöglicht werden. Für den erstklassigen Realcredit ist auch eine individuelle Zinsenkung gesetzlichen Zwanges abzulehnen, da deren unmittelbare Folgen eine Störung der Zinszahlung auf der ganzen Linie bewirken würden. Hierdurch aber würden alle Anstrengungen, der Krise Herr zu werden, von dieser Seite her über den Haufen geworfen und Erschütterungen und neue Vertrauensverluste heraufbeschworen. Es gibt Fälle, wo die tatsächlichen Verhältnisse heute von selbst zu individuellen Abmachungen, zur Erleichterung der Schuldner führten, wobei aber die Überlastung und Unrentabilität der Grundstücke meist weniger auf der Zinslast als auf den übermäßigen Steuern und Abgaben beruht.

Die Entlastung der Wirtschaft muß daher auf dem Gebiete der mit den wirklichen Ertragsverhältnissen nicht mehr in Einklang zu bringenden Steuerlasten angekrebt werden, während jeder Eingriff im Sinne allgemeiner oder individueller Zinsenkung als im höchsten Grade wirtschafts- und kreditgefährdend zu verwerfen ist.

In den Kreisen der Schwerindustrie scheint man bereits fest mit einer Besserung der Verhältnisse zu rechnen. Wie gemeldet wird, wurde in der letzten Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der Mut zum Optimismus gefordert. Die Kursbewegung an der New Yorker Börse wird als Vorbote eines Konjunkturaufschwunges angesehen, der auch in Deutschland kommen muß, wenn die Aufhebung der Wirtschaft und die Reform des Steuerwesens durchgeführt wird. Wie das bisherige Steuerwesen durchgeföhrt wird. Die so erhofft man jetzt eine Wiederbelebung der Unternehmertreue. Auch auf die Londoner Weltwirtschaftskonferenz werden Hoffnungen gesetzt, obwohl bislang alle derartigen Tagungen keinerlei positiven Erfolg erzielen konnten. Aber jetzt verspricht man sich etwas mehr, nachdem die schlechten Erfahrungen mit der bisherigen internationalen Wirtschaftspolitik, insbesondere den Kontingentierungen, Einfuhrverboten usw., offensichtlich geworden sind. So dürfte jedenfalls vor allem Frankreich mit seiner Kontingentierungspolitik die Lehre empfangen haben, daß derartige Eingriffe in den Wirtschaftsverkehr auf die Dauer keine Vorteile bringen können. Die Schwerindustrie steht gegenwärtig besondere Hoffnungen auf internationale Kartelle, aber gleichzeitig auf eine steigende Auftragsfreudigkeit an Stelle der langen Zurückhaltung. Es wird auch darauf hingewiesen, daß, von einzelnen Fällen abgesehen, die Erzeugung von Kohle und Eisen über die Finanz- und Organisationskräfte glücklich hinaus ist.

Wenn es der Kohlen- und Eisenerzeugung aber möglich ist, zuletzt mit einer Ausnutzung der Herstellungsmöglichkeit von nur etwa 28 Prozent noch mit tatsächlichem Rohgewinn zu arbeiten, der es gestattet, einen großen Teil der Aufwendungen zu decken, so braucht man sich um die Entwicklung bei ansteigender Beschäftigung keine Sorge zu machen.

Die Schwerindustrie glaubt, daß das Wirtschaftsprogramm der Regierung geeignet ist, die Aussichten auf Wiederbelebung der Wirtschaft zu stärken und trotz aller noch bestehenden Hemmnissen einem gesunden Optimismus Bahn zu brechen.

Von der deutschen Handelsflotte werden jetzt 400 000 Tonnen verschrottet, um die überfluteten Schiffe aus dem Verkehr zu ziehen und gleichzeitig den Wert der Arbeit zu geben. Die deutsche Handelsflotte bleibt auch nach Abgang der 400 000 Tonnen an der fünften Stelle in der Reihe der Handelsflotten der Welt, an die sie nach dem Kriege von der früher zweiten Stelle zurückgefallen war. Vor dem Kriege folgten sich die Handelsflotten von England mit 20,5 Mill. Tonnen, Deutschland mit 5,1 Mill. Tonnen, Vereinigte Staaten von Nordamerika mit 2 Mill. Tonnen, Norwegen und Frankreich mit 1,9 Mill. Tonnen, Japan mit 1,7 Mill. Tonnen, Holland und Italien mit 1,4 Mill. Tonnen, Island Spanien mit 0,9 Mill. Tonnen. Zur Zeit ist die Reihenfolge: England (einschl. Dominions) 22,5 Mill. Tonnen, Vereinigte Staaten von Nordamerika 10,3 Mill. Tonnen, Japan mit 4,3 Mill. Tonnen, Norwegen mit 4,2 Mill. Tonnen, Deutschland mit 4,1 Mill. Tonnen, Frankreich mit 3,5 Mill. Tonnen, Italien mit 3,3 Mill. Tonnen, Holland mit 3 Mill. Tonnen und Spanien mit 1,2 Mill. Tonnen. Die Welttonnage hat also außerordentlich zugenommen. Sie belief sich vor dem Kriege auf 45,4 Mill. Tonnen und beträgt heute fast 68,4 Mill. Tonnen. Die genannten neun führenden Handelsflotten haben — da sie vor dem Kriege 37 Mill. Tonnen und heute 56,5 Mill. Tonnen auf sich vereinigen — einen Anteil von 82 Prozent der Vorkriegs- wie auch der heutigen Tonnage.

Durchschnittlich sind von den 68,4 Mill. Tonnen der Tonnage der Welt Handelsflotten 19 Prozent ohne Beschäftigung, während das Verhältnis der stillgelegten Schiffe im einzelnen zwischen 8 Prozent für die japanische Handelsflotte und 30 Prozent für die deutsche Handelsflotte schwankt.

Nachdem etwa 10 Prozent der deutschen Handelsflotte durch die Verschrottung der alten Schiffe ausgetauscht werden, bleibt also immer noch 1/2 der deutschen Handelsflotte ohne Beschäftigung. Bei dieser Gelegenheit kann übrigens die ungeheure Wandlung festgestellt werden, die in den letzten Jahrzehnten in den Schiffsgattungen eingetreten ist. Vor dem Kriege kamen 8 Prozent der Tonnage auf Segelschiffe, 1/2 Prozent auf Motorschiffe, 2 1/2 Prozent auf Schiffe mit Ölheizung und 89 Prozent auf Schiffe mit Kohlenheizung. Das „Dampfschiff“ schien die unbestrittene Führung zu haben. Heute ist das Verhältnis aber bereits wesentlich anders.

Nur noch knapp 2 Prozent Segelschiffe, aber über 14 Prozent Motorschiffe und 29 Prozent Ölheizungschiffe stehen knapp 55 Prozent Kohleheizungschiffe gegenüber.

Teilweise werden die Motorschiffe wieder mit Segeln ausgerüstet, um bei günstigem Wind an Benzin sparen zu können. In der Technik gibt es eben keinen Stillstand, sondern ewige Bewegung. Raum hatte das Dampfschiff den Sieg über die Segelschiffe errufen, so wurde es langsam, aber deutlich erkennbar von noch rationelleren Schiffstypen verdrängt.

Am letzten Samstag ist nach längeren Verhandlungen eine neue Treibstoffkonvention abgeschlossen worden. Diese wird vor allem die Firmen: Deutsch-Amerikanische Petroleum-W.G., Shell, Benzolverband, Olex und Gasolin (J. G. Farben) umfassen. Da Näheres noch nicht bekanntgegeben wurde, muß man annehmen, daß eine Einigung mit den Russen (Deterop) bis jetzt noch nicht gelungen ist.

Zweck der Konvention soll es sein, nicht nur einen einheitlichen Benzinpreis festzusetzen, sondern auch den Absatzmarkt in Deutschland aufzuteilen durch Festlegung bestimmter Quoten für die Konventionspartner.

Den Benzinpreis will man anscheinend nicht erhöhen, sondern nur in den einzelnen Absatzgebieten angleichen. Jedenfalls wurde erklärt, das Gerücht von einer Preissteigerung (wofür bereits 6 Pfg. pro Liter genannt wurden) sei unzutreffend. Der Allgemeine Deutsche Automobilklub führt zur selben Zeit eine Verwaltungsratsitzung ab, in der über die schweren Folgen der Nichtberücksichtigung der Wünsche der Autofahrer berichtet wurde.

Trotz Sommer- und Reisezeit sind über 100 000 Personenkraftwagen, die im Winter wegen der Steuer abgemeldet worden waren, nicht wieder in Betrieb genommen worden.

Man wachte sich aber nicht nur gegen das veraltete Auto-Steuerwesen, sondern gleichzeitig gegen die Preisdiktatur der Benzingroßfirmen. Der Verband protestierte dagegen, daß

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Der Neustädter Kongress im Zeichen der Winternot.

Im Vordergrund aller weinsachlichen Ereignisse stand der in den letzten Augusttagen in Neustadt a. d. O. (Pfalz) stattgefundene 38. Deutsche Weinbau-Kongress des Deutschen Weinbauverbandes. Mehr wie die vorausgegangenen fand die diesjährige große Weinbautagung im Zeichen der Winternot. Dieser Kongress befandete aufs neue den Lebenswillen des deutschen Weinbauers, der trotz schlechter Ernten oder geringer Weinpreise durchhält und selbst dann, wenn die Not aufs höchste gestiegen ist, keineswegs den Mut sinken und die Tatkraft vermissen läßt. Auf dem deutschen Weinbau liegt eine drückende Schuldenlast, die sich nach den Erhebungen des Deutschen Weinbauverbandes auf rund 150 Millionen M. bezieht (wovon 100 Millionen M. kurzfristige und etwa 50 Millionen M. langfristige Kredite sind). Die Reichsregierung muß nun dafür sorgen, und in dieser Richtung erging der Appell, diese Schulden so rasch wie möglich tragbar zu gestalten durch eine Herabsetzung des Zinsfußes für die langfristigen und durch eine Umwandlung mit gleichzeitiger Zinsenkung der kurzfristigen in langfristige Kredite, nötigenfalls unter Zuhilfenahme von Reichsmitteln, bei gleichzeitiger Verkürzung des Vollstreckungszeitraumes und endgültiger Niederzahlung der Winternotkredite.

In der Rheinpfalz hat wieder eine Naturweinverfeinerung stattgefunden, die des Angenehmer Winternotkredites mit 1931er Angenehmer Weingetränken. Teilweise war die Nachfrage nicht besonders. Die 1000 Liter erreichten 530 bis 1000 M. Im Mittelhaardter Gebiet liegt das freihändige Weinergeschäft ziemlich ruhig. An der Oberhaardt dagegen zeigt sich immer Nachfrage, die auch zu Umsätzen führt. Man bezahlte in Albersweiler für 1931 geringer Lagen 280—310 Mark, bessere Sachen bis 380 M., ältere Weißweine, 1929er und 1930er, 300—350 M., in den Orten Frankweiler, Gleisweiler und Burrweiler für 1931er bis 380 M., ältere Weine bis 400 M. — In Rheinhessen ist das Geschäft anhaltend belebt. In Gau-Algesheim a. Rh. kostete der 1931er anfänglich 340 und 350 M., später 370 und 380 M., und jetzt ist unter 400 M. nicht mehr anzukommen. Badesheimer Frühburgunder-Rotweine stellten sich zuletzt auf 460—470 M. die 1200 Liter, während für Portugieser-Rotweine um 400 M. verlangt werden. Im rheinischen Hinterland, in den Orten Armsheim, Wallertheim, Ponsheim, Albig u. a., gingen 1931er Weißweine zu 350—400 M., das Stück ab. Im östlichen Rheinhessen bezahlte man für den letzten Jahrgang in Oppenheim und Dienheim durchweg 600 M., wobei es sich um kleine Lagen handelte, 1930er besserer Lagen kamen auf 800 M. zu stehen. Guntersblum und Alheim verlaufen die 1200 Liter 1930er zu etwa 500 M., 1931er zu 430—450 M. In Pfalzheim und Dalsheim legte man für den gleichen Jahrgang durchschnittlich 400 M. an. — An der Nahe erlöbte man im Guldenbach für das Stück 1931er Waldbilberberger 400 und 420 M. Die Preise sind gestiegen und das Geschäft ist belebt.

Umsatzrückgang im Einzelhandel.

Das Ergebnis des Saisonabschlusses.

Seit langem ist bei den Einzelhandelsumsätzen die Beobachtung zu machen, daß unter dem Einfluß sinkender Kaufkraft neben dem an sich zu beobachtenden Geschäftsrückgang auch eine Verdrängung innerhalb der Umsätze hinsichtlich der Qualität eingetreten ist. Da die Preise in letzter Zeit nur langsam zurückgegangen sind, hat sich diese Tendenz immer stärker ausgeprägt. Auch bei den diesjährigen Saisonabschlüssen ist ein Abgehen von der besseren zur mittleren Qualität zu beobachten

die Regierung ein neues Abkommen auf, das durch farteilähnliche Preisbindungen die schon jetzt zu hohen Betriebsstoffpreise noch weiter in die Höhe treiben sollte. Es wurden von dem ADAC Beschlüsse für die künftige Betriebsstoffversorgung der Mitglieder als wirksame Kampfmaßnahmen gefaßt, aber trotzdem energisch die Mitarbeit der Regierung gefordert.

Die Russen haben bekanntlich mit ihren Fünfjahresplänen bisher nur in einem Falle, beim Petroleum, das vorgenommene Ziel erreichen können. Jetzt wurde ein neuer Fünfjahresplan für die russische Petroleumwirtschaft fertiggestellt, der von 1933 bis 1937 erfüllt werden soll.

Während 1931 knapp 22,4 Mill. Tonnen Roh-Petroleum erzeugt wurden, will man in diesem Jahre auf über 27 Mill. Tonnen und in 1937 auf über 80 Mill. Tonnen Jahresproduktion kommen.

Zur Beurteilung dieser enormen Zunahme für 1937 muß man sich die mindestens ebenso phantastischen Voraussetzungen der letzten Jahre ins Gedächtnis zurückrufen. Diese betragen ein vielfaches des tatsächlich Erreichten. Der zukünftige Verwaltungschef hat selbst erklärt, daß erheblich mehr Roh-Petroleum geliefert werden könnte, wenn die notwendigen Maschinen vorhanden wären. Ferner ist wegen Transporterleichterungen die restlose Abförderung der Produktion unmöglich. Die Rohpetroleumlager in Baku und Grozny sind derart überfüllt, daß Erzhöhlen ausgehöhlt werden, um darin das Rohpetroleum zu lagern. Es handelt sich hierbei um 1 1/2 Mill. Tonnen, die nicht verwandt werden können, während im übrigen Rußland ein Mangel an Petroleum und Benzin vorhanden ist. Die Ausfuhr hat sich ganz entgegengesetzt den russischen Plänen entwickelt. Man hoffte, in erster Linie mit Petroleum und Benzin die Warenmärkte der kapitalistischen Länder in Unordnung bringen zu können. Diese Gefahr ist aber garnicht so schlimm, wie man vielleicht zuerst annahm, als die dahingehenden Pläne der russischen Regierung bekannt wurden.

Der Anteil der Ausfuhr an der russischen Petroleumförderung verringerte sich von 24 Prozent in 1930/31 auf 13 Prozent in 1931/32.

Auch Rußland ist vom Weltmarkt abhängig. Denn nur durch Export kann es sich die Devisen beschaffen, die zur Anschaffung der benötigten Maschinen und Geräte erforderlich sind. Im eigenen Lande können sie nämlich in absehbarer Zeit noch nicht hergestellt werden. Wenn aber die Devisen zum Kauf von gewaltigen Materialien fehlen, dann müssen auch die Produktionszahlen auf dem Papier bleiben. Fachleute haben übrigens ihre Verwunderung über die Eigenart der Fünfjahrespläne geäußert, die auffallende Tatsache der Unterbrechung aufweisen, für die jede Erklärung fehlt. Die Schwierigkeiten auf so einfachen Gebieten, wie z. B. die Petroleumförderung, zeigen immer wieder die Unmöglichkeit der sozialisierten Wirtschaft.

gewesen. Neben dem starken Rückgang des Umsatzwertes ist aber auch bei den diesjährigen Saisonabschlüssen ein ähnlicher Mengenausfall zu verzeichnen.

Auf Grund einer Umfrage in Einzelhandelstreifen berechnet das Institut für Konjunkturforschung den Mengenausfall auf rund 30 Prozent im Vergleich zu den vorjährigen Ausverkäufen.

Die Schlussverkäufe, die im Juli veranstaltet worden sind, haben im Vergleich zum Vorjahre etwas bessere Ergebnisse gebracht als die, die erst im August durchgeführt wurden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Vorjahresgeschäft durch verschiedene Ereignisse in ganz besonderem Maße beeinflusst worden war. Die Bankentziffer im Juli 1931 mit ihren Schalteröffnungen und beschränkten Auszahlungen lähmte natürlich die Umsatzfähigkeit; umgekehrt setzte im August eine nachträgliche Befriedigung der Bedürfnisse ein, so daß das Geschäft lebhafter wurde und stellenweise durch eine Flucht in die Sachwerte einen weiteren Auftrieb erhielt. Dadurch sind natürlich Vergleichsmöglichkeiten zu dem diesjährigen Geschäft nur bedingt gegeben.

Bei einem errechneten wertmäßigen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahre um rund 30 Prozent ist die Zahl der Kassenzettel, die bis zu einem gewissen Grade als den Mengenausfall kennzeichnen angehen werden kann, um rund 13 Prozent gesunken.

Beim Inventur-Ausverkauf im Januar 1932 hatte die Zahl der Kassenzettel fast überhaupt nicht abgenommen. Der Teil des Warenlagers, der anlässlich der Saisonabschlüsse im Preis ermäßigt, oder auf den ein Rabatt gewährt wurde, war höher als im Vorjahre, während nämlich im Vorjahre rund die Hälfte der Warenlager in den Ausverkauf einbezogen wurde, waren es in diesem Jahre fast drei Viertel. Auch die Zahl der Beträge, die das gesamte Warenlager „herabgezinkt“, hat zugenommen. Ebenso war der Umfang der Preisermäßigung größer und zwar beliefen sich die Preisermäßigungen beim diesjährigen Saisonabschluss Verkauf auf 25—40 Prozent bei Damenbekleidung gegen 20 bis 35 Prozent im Vorjahre, bei Kleiderstoffen auf 30—40 Prozent gegen rund 30 Prozent im Vorjahre, bei Baumwollwaren und Wäsche auf 27—40 Prozent gegen rund 25 Prozent im Vorjahre und bei Schuhen auf 20 Prozent gegen rund 25 Prozent im Vorjahre.

Steigender deutscher Automobilexport.

Trotz der Weltkrise fast verdoppelt.

Im ersten Halbjahr 1932 wurden aus Deutschland 5950 Personen- und Lastwagen gegen 4989 bzw. 3404 bzw. 3353 Wagen in den ersten Halbjahren 1931 bis 1929 exportiert. Der Export ist also von 1929 um 78 Prozent gestiegen. Von 1930 auf 1931 (erste Halbjahre) beträgt die Steigerung 63 Prozent, und für die vollen Jahre sogar 98 Prozent. Die Ausfuhr ist also trotz der Weltkrise fast verdoppelt worden. Demgegenüber hat die Ausfuhr der Automobilindustrie der gesamten übrigen Welt nicht nur keine Steigerung erfahren, sondern Rückschläge erlitten, die zwischen 14 und 44 Prozent schwanken.

Verglichen hiermit und mit der zunehmenden Schrumpfung des deutschen Inlands-Abjages, der in den ersten Halbjahren 1929 bis 1932 von 70 218 auf 23 458 Wagen gesunken ist, stellt diese letzte Aufwärtsbewegung des Auslands-Abjages einen ungewöhnlichen Erfolg dar. Wie die Adam-Opel-W.G. mitteilt, waren 68 Prozent aller im ersten Halbjahr 1932 ausgeführten Automobile, nämlich 4036 von 5950, Opelwagen.

Stürmer der Meeresstiefe.

U-Bootserlebnisse als Kanalfahrer, Kreuzerjäger und Minenleger / Von Egon von Werner, Kapitänleutnant a. D.

(Nachdruck verboten.)

Es ist viel über den U-Bootkrieg gesagt und geschrieben worden, ohne, wie mir scheint, die vielfachen romantischen Irrtümer zerstreuen zu können, die noch heute die breite Welt in Bezug auf Wesen und Leistung unserer ehemaligen U-Bootwaffe beherrschen. Nur zu leicht läßt sich der Leser dazu verführen, in dem Unterwasserkrieg nur eine nervenpeinende und abenteuerliche Angelegenheit zu sehen, eine Art wildromantischer, frisch-fröhlicher Freibeuterei mit kinodramatischen Knalleffekten. Nur der Eingeweihte weiß, welche Summe von Organisationen, Verantwortung und Entschlossenheit, von disziplinierter Arbeit, geduldig ertragenen Strapazen, Enttäuschungen und unsichtbaren Mühen sich hinter dem verbirgt, was sich dem Augenstehenden, der die Kleinarbeit nicht kennt, oft in so berauschenden Farben malt. Nur wer diese Kleinarbeit zu würdigen versteht, kann sich von der Arbeit, Art und Wesen dieser geheimnisvollen Waffe ein zuverlässiges Bild machen.

Die Kanalsperre.

Stahlnetze, Wasserbomben, „Bowlentöpfe“.

Einen mächtigen Faktor für den vielseitigen Aufgabenteis der deutschen U-Bootwaffe bedeutete zweifellos die berühmte Kanalsperre, eine kaum zu überbietende Meisterleistung englischer Seekriegstechnik. Durch das Vorhandensein dieser nur unter den größten Schwierigkeiten und Gefahren zu durchbrechenden, tausendfältig gesicherten Barrikade erklärte sich allein ein großer Teil der schweren deutschen U-Bootverluste. Zwischen Dover und dem Cap Griznez, also die schmalste Stelle des Kanals überquerend, spannte sich dieses gewaltige Sperrenetz. Die Durchfahrt über Wasser verbotenen mächtige viereckige Eisenbalken, durch schwere eiserne Ketten zwischen riesigen Tonnen verankert und bis auf eine schmale, scharf bewachte Durchfahrt für den englischen Schiffsverkehr lückenlos aneinandergereiht. Und selbst diese Mäde wurde, ähnlich wie bei einer Schiffsbrücke, verschlossen, wenn kein Verkehr herrschte. Ein Durchkommen unter Wasser verhinderte ein von Tonne zu Tonne gespanntes und auf Grund verankertes Stahlnetz aus elastischem Draht. Diese Regenschirme maßen etwa 5 Meter im Quadrat, um das U-Boot beim Durchbruchversuch unter Wasser erst tief in das Netz hineinzulocken, wo es sich dann wie ein Fisch festzappelte. Das Netz selbst wies besondere Alarmvorrichtungen auf, teils Leuchtsignale, teils akustische Meldeapparate, die der flüchtig an dem Netz auf und abkreuzenden englischen Nachschiffen sofort verrieten, wenn ein U-Boot im Netz saß. Wehe dem Boot, das dann nicht im letzten Augenblick durch einen unerhörten Zufall freikam. Ein Krachen

von Wasserbomben, und das Drama war ausgespielt. Bei Nacht fuhr die Nachschiffen abgeblendet, daher wurde die Sperre in dieser Zeit durch Leuchtketten mit bestimmten Blinksignalen markiert. Es versteht sich, daß alle diese verschiedenen Schikanen und Kanalfahrern allmählich bis ins kleinste Detail bekannt waren. Später verschärfte der Engländer seine Sperre noch ganz erheblich durch Magneminen, die auf dem Grund verankert waren und schon explodierten, wenn das U-Boot in einem Abstand fentrecht darüber hinwegfuhr. Damit nicht genug, zog der vorsichtige Engländer einige Meter parallel neben dem ersten Netz noch ein zweites. In den Maschenketten waren zu allem Überfluß Minen befestigt, sogenannte „Bowlentöpfe“ mit einem Jungfernkranz von Kontaktknöpfen versehen, die das Boot beim Einfahren in das Netz berührte und so die Mine zur Explosion brachte. Dieses ganze seetechische Wunderwerk, dessen Instandhaltung in Anbetracht der ungünstigen Stromverhältnisse und zahlreichen Sturmschäden einen ungeheuren Arbeitsaufwand erforderte, wurde nachts von Cap Griznez und Dover her intensiv mit Scheinwerfern bestrahlt, deren blendenden Lichtkegeln nicht die leiseste Bewegung entging. Zeigte sich auch nur ein verdächtiger Schatten, so eröffnete von beiden Punkten aus die auf der Lauer liegende Artillerie ein konzentriertes, mörderisches Feuer. Tagsüber erfolgte die Bewachung durch Flugzeuge, englische und französische Luftschiffe und Fesselballons, die an Fischdampfern verankert waren. Ganz besonders erschwerte es unsere Aufgabe schließlich, daß die eigentliche Fahrtrinne an der tiefsten Stelle nur 35 Meter aufwies. Man wird es also durchaus verständlich finden, daß wir vor jedem Durchbruchversuch als dem unerläßlichen Vor- und Nachspiel jeder Kanalfahrt immer wieder „Rauschetten“ hatten, obwohl wir doch als alte Sünden alle die großen und kleinen Gemeinheiten wie unsere Hofentafel kannten.

Durchbruch um jeden Preis.

Oft, oft hat mein Boot mit besagter Sperre unliebsame Bekanntschaft gemacht. In „angenehmer“ Erinnerung ist mir besonders eine Fahrt, die noch heute bisweilen durch meine Träume spukt, wie alle Examensnöte meiner Pennälerzeit. Ich erhielt eines wunderschönen Spätherbsttages Befehl zur Zerstörung der Truppen- und Munitionstransporte im östlichen Kanal. Wir liefen bei Dunkelheit aus Zeebrügge aus, um nicht von Fliegern belästigt zu werden. Über der leichtbewegten See stand ein prachtvoll gestirnter Himmel. Gegen 5 Uhr morgens bekam ich die erste Leuchtkette der Sperre in Sicht, und stellte an ihrer Kennung fest, daß wir genau an der tiefen Rinne lagen. Durch vorherige Untersuchungen hatten wir ausgefundschaltet, daß sich in der Nähe dieser

Tonne die Balken der Sperre ein wenig verschoben hatten und die Verbindungsketten in tiefen Bögen herabhängten, so daß unser leichtes Boot an dieser Stelle über Wasser durchschlüpfen konnte. Diese Chance wollten wir ausnützen. Schon hatten wir uns bis auf 200 Meter unserer Durchbruchsstelle genähert, da schoben sich lautlos und meisterhaft riesige Schatten heran: eine englische Sperreflotte mit abgeblendeten Lichtern. Also schleunigst abbrechen! Nach etwa einer Viertelstunde war das 14. Nachschiff in Richtung Dover aus Sicht gekommen und ich fuhr einen neuen Anlauf auf die Sperre. Gerade hat sich der Bug meines Bootes zwischen die kassenden Balken geschoben, da kam ein großer englischer Zerstörer in höchster Fahrt aus der Richtung Dover dicht an der Sperre entlang. Um das Boot noch im letzten Moment über die Sperre zu schieben, gingen wir auf dreimal äußerster Kraft voraus. Zugleich: höchste Alarmbereitschaft. Das Heck meines Bootes war mit knapper Not von der Sperre frei, da stand der Zerstörer so dicht, daß er uns im nächsten Augenblick überrennen mußte. Sekunden höchster Nervenanspannung. Ich riß das Boot mit sämtlichen Maschinen zurück und der Zerstörer passierte etwa auf 20 Meter Abstand, wunderbare Weise ohne uns anscheinend bemerkt zu haben. Da plötzlich wurde ein Scheinwerfer aufgerissen und auf uns zugedreht. Ein Druck auf die Alarmklingel und das Kommando: Schnelltauchen! Innerhalb 12 Sekunden waren wir auf 25 Meter Tiefe. Der Laie wird sich kaum ein Bild davon machen, wie blühtartig dieses Kommando einschlägt. 30 Mann in fieberhafter Tätigkeit. Ein Mechanismus von äußerster Präzision. Ein einziger falscher Griff entscheidet über Sein oder Nichtsein. Eine ganze Minute verging. Alle Ohren gespitzt, auf das Zerstörergeschrei des Gegners. Jetzt mußte der Zerstörer genau über uns stehen. Dann ein Gebrüll von Wasserbomben und eine ungeheure Detonation. Das Boot krachte in allen Ecken und legte sich über. Im Nu waren wir auf 35 Meter Tiefe. Ein Sprung in die Zentrale überzeugte mich davon, daß das Boot noch manövrierfähig war. Wir beobachteten durch unsere Unterwasserschallapparate die Schraubengeräusche des Zerstörers, die allmählich nach Süden schwächer wurden und tauchten nach ca. 10stündiger Fahrt wieder auf. Nichts mehr von Sperre oder Zerstörer: Die frische Luft, Morgendämmerung, eine frische Brise. Jetzt war es Zeit, sich den erlittenen Schaben bei Licht zu besehen. Gottlob, nur sogenannter „leichter Flurschaden“. Immerhin ließen die wie von Riesenfaust zusammengeschlagenen Blechblechplatten des Oberdecks darauf schließen, daß eine Wasserbombe mit ihrem zirka 180 Kilo Sprengstoff unmittelbar über uns freipiert war.

(Fortsetzung folgt.)

Der Gabardin

Ist der ideale Mantel für kühle und regnerische Tage. Er ist elegant, praktisch und wetterfest.

Ein reinwollener Mantel

Imprägniert. Gabardin, auf K.-Seide, in flatter, weiler Sliponform schon zu ... 29.-

Der „Wanderer“-Mantel

unsere hervorragende — garantiert regendichte Gabardin-Spezialmarke in vorzüglicher Verarbeitung 39.-

Der Mouliné-Gabardin

ein unübertroffener Mantel aus 500 Gr. schwerem Kammgarn in praktischen Farben ... 54.-

Andere Gabardin-Mäntel

in mittleren und dunkleren Farben, darunter die vorzügl. fadenimprägn. „Aquatite“-Mäntel. (Alleinverkauf) 25.- bis 89.-

Federleichte Mäntel

aus Gummibast, in verschied. Farben 15.- bis 24.-

Wels

Kirchgasse 64.

K 50

Familien-Drucksachen

jeder Art in kürzester Zeit

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei
Wiesbadener Tagblatt

Kontor: Tagblatt-Haus / Fernsprecher 52631

Sahne Obst-Torten Schlagsahne Kuchen

W. Kessler

Molkereiprodukte
Herderstraße 12
Telephon 20102

Schönaus Weinstube

Schwalbacher Straße 21.

Samstag, den 3. September 1932:

Rheinischer Abend

Stimmung Humor

Verlängerte Polizeistunde.

Heute Samstag 23 Uhr
letzte Nachtvorstellung

Natur und Liebe

Preise von 60 S an — Erwerbslose 40 S

OUFA-PALAST

Salonschiff „Vater Rhein“

Zum Weinfest u. historischen
Festzug nach Rüdesheim a. Rh.

Sonntag, 4. September 1932, Abfahrt 13.30 Uhr
am Biebricher Schloß. Anlauf in Rüdesheim
14.40 Uhr. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1 M.,
Kinder d. Hälfte. Rückfahrt v. Rüdesheim 19.00 Uhr.
Ankunft in Biebrich 20.30 Uhr. Musik an Bord.

Nach Koblenz und zurück

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, Abfahrt
7.10 Uhr am Biebricher Schloß. Fahrpreis für Hin-
und Rückfahrt nur 3 M., nach St. Goar nur 2 M.
Karten erhältlich bei Carl Schulte, Langgasse 25,
Rudwig Engel, Wilhelmstraße 52, und auf dem Schiff.

Guterh. Kinderwagen

bill. Zietenring 12, S. 3.

An alle Frauen u. Mädchen von Wiesbaden!

Tausende und aber
Tausende v. Frauen u.
Mädchen ab 18 Jahre
müssen d. Film: „Das
Geschlechtsleben und
seine Folgen“ sehen,
da darin Fragen be-
handelt werden, die
auch Sie tägl. bewegen.
Eine Bergpredigt auf die
Heiligkeit der Mutterschaft
wurde dieser Film in
einer Kritik der Presse
genannt und ein hohes
Lied von der Gesund-
heit des Körpers u. der
Seele. Daher haben
wir uns entschlossen,
Ihnen den Film in dem
Film-Palast
außer in den Vor-
stellungen Samstag 7
u. 9 Uhr noch in einer

separaten

Damen - Vorstellung

Samstag nachmittag
5 Uhr zu zeigen. Zu
dieser Nachm.-Vor-
stellung haben **nur**
Frauen und Mädchen
über 18 Jahre Zutritt.
In ihrem eigenen
Interesse erwarten wir
auch Sie!

Apothekendienst in Wiesbaden

vom 3. bis 3. September 1932

Sonn- und Feiertagsdienst und gleichzeitig Nacht-
dienst von abends 7 Uhr bis morgens 8 Uhr, sowie
Mittagsdienst von 1½—2½ Uhr. Der Nachtdienst
beginnt Samstag oder am Vorabend des gesetzlichen
Feiertags. In der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr
morgens wird ein gesetzlicher Zuschlag von 1 Mark
für jede Transaktionsnahme erhoben.

Blücher-Apothek., Dohbeimer Str. 83. Fernspr. 28204.
Löwen-Apothek., Langgasse 31. Fernspr. 27682.
Theresien-Apothek., Bellerstraße 11. Fernspr. 26325.
Victoria-Apothek., Rheinstr. 45. Fernspr. 27156.

Apothekendienst in B.-Biebrich.

Sonntag, den 4. September 1932.

Wagner-Apothek., Rainer Str. 30. Fernspr. 61420.

Wer sucht Hypotheken, Geld? der wende sich per-
sonlich, Kauf- u. Bau- s. d. z. zwecks kosten-
loser Auskunft an **F. H. Thyssen, Frankfurt a. M.,**
Bahnhofplatz 2, Bei Anfragen Rückporto erbeten.
Vertretung für Wiesbaden zu vergeben.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß von Waldbränden im vergangenen
Jahre wird die Bevölkerung auf nachstehende, den
Schutz des Waldes vor Bränden bezweckende Straf-
bestimmungen hingewiesen:

- § 368 Nummer 6 des Reichsstrafgesetzbuches.
Mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis
zu 14 Tagen wird bestraft, wer an gefährlichen
Stellen in Wäldern oder Heiden oder in gefähr-
licher Nähe von Gebäuden oder feuergefährlichen
Sachen Feuer anzündet.
- § 40 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der
Fassung vom 21. Januar 1926:
Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft
bis zu 14 Tagen wird bestraft
1. wer mit unvorsichtiger Feuer oder Licht den
Wald oder Moor- oder Heideflächen betritt oder sich
denselben in gefährlicher Weise nähert.
2. in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober im
Wald oder auf Moor- oder Heideflächen ohne Er-
laubnis des Grundeigentümers oder seines Vertre-
ters raucht.
3. im Wald oder auf Moor- oder Heideflächen
brennende oder glühende Gegenstände fallen läßt,
fortwirft oder unvorsichtig handhabt.
4. abgehen von den Fällen des § 368 Nr. 6 des
Strafgesetzbuches im Wald oder auf Moor- oder
Heideflächen oder in gefährlicher Nähe derselben im
Freien ohne Erlaubnis des Grundeigentümers oder
seines Vertreters Feuer anzündet, oder das gestatte-
termachen angezündete Feuer gehörig zu beaufsich-
tigen oder auszuschließen unterläßt.
5. abgehen von den Fällen des § 360 Nr. 10
des Strafgesetzbuches bei Wald-, Moor- oder Heide-
bränden von der Polizeibehörde, dem Ortsvorsteher,
dem Grundeigentümer oder deren Stellvertreter zur
Hilfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er
der Aufforderung ohne erhebliche eigene Nachteile
genügen konnte. (Als Vertreter im Sinne der
Nr. 2, 4 und 5 gelten auch die zuständigen Forst- und
Jagdbeamten).

Der Polizei-Präsident. J. B.: ges. Dr. Bachmann.